

## Protokoll der 20. Sitzung

vom 10. November 2008, 14.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

*Vorsitz* Jeanette Storrer

*Protokoll* Erna Frattini und Norbert Hauser

*Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)*

Regierungsrat Erhard Meister. Richard Altorfer, Martin Egger, Rebecca Forster, Thomas Hurter, Peter Käppler, Ursula Leu, Richard Mink, Martina Munz, Osman Osmani, Ruth Peyer, Hansueli Scheck, Andreas Schnider, Thomas Stamm, Jürg Tanner, Alfred Tappolet, Erna Weckerle, Nil Yilmaz, Edgar Zehnder.

*Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)*

Regierungsrat Heinz Albicker. Andreas Gnädinger, Patrick Strasser.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 17. Oktober 2006 zur Schaffung eines Bildungsgesetzes und eines neuen Schulgesetzes ( <i>Fortsetzung zweite Lesung</i> )	866
2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 6. Mai 2008 betreffend Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017	871
3. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 30. Oktober 2007 über die Neugestaltung des Kantonsratssaales	877
4. Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrates vom 23. Juni 2008 über die Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates (Anpassungen als Folge der Verkleinerung des Kantonsrates)	896

**Mitteilung** der Ratspräsidentin:

Die Geschäftsprüfungskommission meldet den Staatsvoranschlag 2009 als verhandlungsbereit.

\*

**1. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 17. Oktober 2006 zur Schaffung eines Bildungsgesetzes und eines neuen Schulgesetzes (Fortsetzung zweite Lesung)**

Grundlagen: Amtsdruckschrift 06-92

Kommissionsvorlagen: Amtsdruckschriften 07-145, 08-29 und 08-95

Eintretensdebatte und Beginn der Detailberatung:  
Ratsprotokoll 2008, Seiten 18 bis 48

1. Fortsetzung der Detailberatung (Art. 10 bis 26):  
Ratsprotokoll 2008, Seiten 51 bis 87

2. Fortsetzung der Detailberatung (Art. 27 bis 32):  
Ratsprotokoll 2008, Seiten 117 bis 134

3. Fortsetzung der Detailberatung (Art. 33 bis 47):  
Ratsprotokoll 2008, Seiten 140 bis 176

4. Fortsetzung der Detailberatung (Art. 48 bis  
Schluss):

Ratsprotokoll 2008, Seiten 181 bis 214

Rückkommen: Ratsprotokoll 2008, Seiten 333 bis 340

Zweite Lesung des Bildungs- und des Schulgesetzes:  
Ratsprotokoll 2008, Seiten 828 bis 864

**Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz****Detailberatung**

Grundlage für die Beratung bildet Anhang 3 der Kommissionsvorlage, Amtsdruckschrift 08-95.

Das Wort wird nicht verlangt.

Es sind 60 Ratsmitglieder anwesend. Für die Unterstellung des Gesetzes unter die fakultative Volksabstimmung sind somit 48 Stimmen erforderlich.

## Schlussabstimmung

**Mit 56 : 0 wird dem Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz zugestimmt. Damit haben mehr als 4/5 der anwesenden Ratsmitglieder zugestimmt. Eine Volksabstimmung ist demnach nicht erforderlich.**

**Matthias Freivogel (SP):** Aus Konsequenzgründen ersuche ich Sie, meinem Antrag, es sei auch dieses Gesetz der Volksabstimmung zu unterstellen, zu folgen.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Ich bitte Sie, auf den Beschluss der obligatorischen Volksabstimmung über das Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz zurückzukommen und dieses Gesetz dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Wir werden im Zusammenhang mit dem Bildungsgesetz klar darauf hinweisen, dass der Berufsbildungsrat aufgehoben wird. Das ist ja die einzige substantielle Änderung.

**Gerold Meier (FDP):** Können wir ein Gesetz, das der Volksabstimmung zu unterstellen ist, einfach dem fakultativen Referendum unterstellen? Ich denke, das geht nicht. Wenn Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel das jedoch glaubt, müsste sie es uns erklären.

Nun zu diesen drei merkwürdigen Gesetzen. Merkwürdig in diesem Sinn, dass es drei Gesetze sind. Ich bitte die für diese Frage zuständige Instanz zu klären, ob wir die drei Gesetze dem Volk nicht so unterbreiten können, dass es nur ein Ja oder ein Nein geben kann. Jedes von diesen Gesetzen enthält eine Bestimmung, wonach es nur in Kraft tritt, wenn die beiden anderen auch angenommen worden sind. Das heisst im Grunde genommen, dass man nur ein Mal Ja oder Nein sagen kann. Das ist der Fehler, den wir schon zu Beginn begangen haben: An sich handelt es sich um ein einziges Gesetz, das wir jedoch in drei Gesetze aufgelöst haben. Am Schluss sollte das Volk aber nicht über drei Gesetze abstimmen müssen.

**Bruno Leu (SVP):** Auch ich bitte Sie, auf eine Volksabstimmung zu diesem Berufsbildungsgesetz zu verzichten. Wir haben vor drei Jahren über das eigentliche Berufsbildungsgesetz abgestimmt; es wurde mit einem Ja-Anteil von ungefähr 80 Prozent angenommen. Die Bevölkerung wird nicht verstehen, weshalb sie drei Jahre später erneut über das gleiche Gesetz abstimmen soll, nur weil wir ein paar Änderungen vorgenommen haben, die zwingend – das gebe ich zu – nötig sind, weil das Bildungs-

und das Schulgesetz sie verlangen. Wir können das Gesetz problemlos heute verabschieden.

**Matthias Freivogel (SP):** Ich kann Ihnen die Sache ersparen. Was ich von den drei Sprechenden gehört habe, scheint mir einigermaßen plausibel zu sein. Ich ziehe meinen Antrag zurück.

**Staatsschreiber Stefan Bilger:** Die drei Gesetze sind miteinander verknüpft, und zwar über die Inkrafttretensklausel. Jedes Gesetz tritt nur dann in Kraft, wenn die beiden anderen ebenfalls in Kraft treten. Dies ist eine mögliche Art der Verknüpfung, die jedoch nichts daran ändert, dass es sich um drei separate, eigenständige Vorlagen handelt, über die auch eigenständig abgestimmt wird. Von den Stimmberechtigten muss jedes dieser drei Gesetze angenommen werden.

Kurz: Jedes Gesetz ist auf das Inkrafttreten der anderen Gesetze angewiesen. Das ist insofern sinnvoll, als ja unter den einzelnen Gesetzen Abhängigkeiten bestehen.

## **Dekret über die Schaffhauser Sonderschulen**

### **Detailberatung**

Grundlage für die Beratung bildet Anhang 4 der Kommissionsvorlage, Amtsdruckschrift 08-95.

**Vizekommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Zu diesen drei Dekreten gibt es eigentlich nicht viel zu sagen, ausser dass sich nebst notwendigen redaktionellen Anpassungen fast nichts ändert. Einzig im Dekret über die Schaffhauser Sonderschulen wurde § 19 lit. k aufgehoben. Darin waren die Disziplinar massnahmen geregelt, doch diese sind nun im Schulgesetz enthalten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 57 : 0 wird dem Dekret über die Schaffhauser Sonderschulen zugestimmt.**

## **Dekret über die Erteilung von Stipendien und Studiendarlehen**

### **Detailberatung**

Grundlage für die Beratung bildet Anhang 5 der Kommissionsvorlage, Amtsdruckschrift 08-95.

**Eduard Joos** (FDP): Ich würde diesem Dekret eigentlich gern zustimmen, aber es heisst in der Eingangsformel, es stütze sich „auf Art. 22 des Bildungsgesetzes vom ...“ Kann man diesem Dekret auch zustimmen und kann es auch in Kraft treten, wenn das neue Bildungsgesetz allenfalls vor dem Volk keine Gnade findet?

**Vizekommissionspräsident Werner Bächtold** (SP): Gemäss römisch zweitens tritt dieses Dekret in Kraft, wenn das Bildungsgesetz und das Schulgesetz von heute in Kraft treten. Wenn diese nicht in Kraft treten, so gilt der Umkehrschluss und dieses Dekret tritt auch nicht in Kraft.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel**: Werner Bächtold hat Recht. Das bisherige Dekret stützt sich auf das alte Schulgesetz. Was wir im Dekret zusätzlich angepasst haben, ist – als redaktionelle Ergänzung – die eingetragene Partnerschaft. Wir sind daran, eine neue Rechtsgrundlage für Stipendien und Darlehen zu erarbeiten. Es ist sehr wohl möglich, dass diesbezüglich nächstens noch etwas geschieht. Ansonsten würde bei einer Nichtannahme des Gesetzes das alte Dekret ohne die eingetragene Partnerschaft in Kraft bleiben.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 60 : 0 wird dem Dekret über die Erteilung von Stipendien und Studiendarlehen zugestimmt.**

## **Dekret über die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an die Behandlungskosten der Schulzahnklinik**

### **Detailberatung**

Grundlage für die Beratung bildet Anhang 6 der Kommissionsvorlage, Amtsdruckschrift 08-95.

Das Wort wird nicht gewünscht.

## Schlussabstimmung

**Mit 58 : 0 wird dem Dekret über die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an die Behandlungskosten der Schulzahnklinik zugestimmt.**

**Vizekommissionspräsident Werner Bächtold (SP):** Ich erlaube mir, noch einige Worte zum Bildungs- und zum Schulgesetz an Sie zu richten. Und zwar tue ich dies, weil Eduard Joos heute kurz vor Mittag mit diesen beiden Gesetzen sehr kritisch umgegangen ist.

Ich teile seine Meinung im Wesentlichen nicht. Im Gegenteil, ich finde, wir haben heute Morgen zwei Gesetze beschlossen, die in wesentlichen Teilen der aktuellen Schulentwicklung in der Schweiz genügen und ebenso in wesentlichen Teilen dem Vergleich mit anderen neu gefassten Bildungs- oder Schulgesetzen in anderen Kantonen durchaus standzuhalten vermögen. Das Schulgesetz mag da und dort, was die Schulorganisation betrifft, noch einen Pferdefuss haben; diesbezüglich bin ich auch nicht sicher, ob wir tatsächlich das Gelbe vom Ei entwickelt haben. Die Schwierigkeit dabei war aber, dass die Schule immer noch eine Verbundaufgabe zwischen den Kantonen und den Gemeinden ist. Hätte man die Volksschule dem Kanton übertragen, wären diese ganzen strukturellen Angelegenheiten viel einfacher zu regeln gewesen. Aber das ist, Sie wissen es, zurzeit im Kanton Schaffhausen nicht zu machen.

Das Schulgesetz enthält jedoch im Wesentlichen drei Neuerungen, die den Inhalt der Schule betreffen. Eine davon ist die Einführung der Schulleitungen. Es ist höchste Zeit, dass der Kanton Schaffhausen dem Rest der Schweiz folgt.

Im Weiteren – das wurde heute Morgen nicht erwähnt – haben wir die flächendeckende Umsetzung der integrativen Schulform. Das ist eine Neuerung, auf welche die Schule schon länger wartet. Es ist also auch hier höchste Zeit, dass wir Nägel mit Köpfen machen.

Drittens haben wir die Finanzierung und die Strukturierung der Tagesstrukturen, die uns im schweizerischen Quervergleich ungefähr an die Spitze bringen. Da sind wir von jetzt an wirklich ein Leuchtturm!

Obwohl dieses Schulgesetz Pferdefüsse hat, lohnt es sich, dass wir uns dafür einsetzen. Es wäre aus meiner Sicht der Entwicklung der Schulen im Kanton Schaffhausen nicht förderlich, wenn dieses Gesetz an der Urne Schiffbruch erleiden würde. Bis nämlich ein neues Gesetz – das weiss man aus anderen Kantonen – erarbeitet und aufgegleist ist, dauert es mindestens drei Jahre. Und so viel Zeit haben wir nicht.

Ich bitte Sie, springen Sie, wie wir es in der Kommission mit mehr oder weniger grossem Erfolg getan haben, über die Schatten, die noch da sind, und stimmen Sie diesem Gesetz als Kompromiss zu.

## **2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 6. Mai 2008 betreffend Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017**

Grundlagen: Amtsdrukschrift 08-47

Kommissionsvorlage: Amtsdrukschrift 08-101

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer (FDP):** Der Bericht des Regierungsrates ist lediglich zur Kenntnis zu nehmen, weshalb es zu diesem Geschäft weder eine Eintretensdebatte noch eine Detailberatung gibt.

**Kommissionspräsident Markus Müller (SVP):** Die Kommission hat in zwei Sitzungen die Vorlage des Regierungsrates betreffend Leitlinien und Massnahmen der zukünftigen kantonalen Energiepolitik 2008–2017 sehr ausführlich beraten.

Es war in dem Sinn eine spezielle Beratung, als grundsätzlich keine Änderungen angebracht werden konnten, sondern es bekanntlich „nur“ darum ging, den regierungsrätlichen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Auch Sie hier im Saal können den Bericht ebenfalls nur zur Kenntnis nehmen.

Was wir aber in der Kommission klargemacht haben, ist, dass wir trotzdem eine Einflussnahme gewährleisten wollten, falls es als notwendig erachtet werden sollte. Auch diesbezüglich haben gute Gespräche mit dem Departementsvorsteher stattgefunden und es war klar, dass wir andere Schwerpunkte, neue finanzielle Modelle und abweichende Prioritäten verlangen oder wünschen konnten. Wir haben davon keinen Gebrauch gemacht, vor allem deshalb nicht, weil der Bericht, die daraus gezogenen Schlüsse und die vorgesehenen Massnahmen als sinnvoll, angemessen und auch realistisch und machbar befunden wurden. Es setzte sich auch die Meinung durch, dass nicht mit neuen Forderungen ein im Hinblick auf die Vergangenheit durchaus progressives Vorgehen gefährdet werden sollte. Es hat, wie wir feststellen durften, im zuständigen Departement einige Veränderungen gegeben und es herrscht eine neue Diskussionskultur. Diesen Trend werden hoffentlich auch die Dienststellen und das kantonale Werk mittragen. Gerade die EKS AG wird für die Realisierung der neuen Energiepolitik eine grosse Rolle spielen, da das Bestreben nicht mehr darin besteht, möglichst viel Strom zu verkaufen, sondern möglichst wenig.

An dieser Stelle möchte ich mich beim zuständigen Regierungsrat Reto Dubach für die gute Zusammenarbeit und die kompetenten Auskünfte bedanken. Ich bitte ihn, diesen Dank an die mitbeteiligten Personen weiterzugeben, speziell an Herrn Andrea Paoli von der Energiefachstelle, der

uns souverän Auskunft gegeben hat und sich auch nicht gescheut hat, falsche Annahmen und Thesen in der Kommission richtig zu stellen.

Ich habe im Kommissionsbericht die wesentlichen Punkte für Sie festgehalten und zusammengefasst und muss diese hier nicht wiederholen. Es war eine Kommission, die in ihrer Zusammensetzung interessant und in ihrer Art auch faszinierend war und für mich eine neue Erfahrung darstellte. Es waren Mitglieder, die an der Sache interessiert waren. Gerade dadurch, dass wir eigentlich nichts liefern und uns auch nicht profilieren mussten, war eine konstruktive Diskussion möglich, und diese hat auch stattgefunden. Es ging im Wesentlichen darum, den Bericht vertieft zur Kenntnis zu nehmen. Es wäre falsch, wenn Sie das hier nochmals in dieser Tiefe tun würden. Aufgrund der erworbenen Kompetenz der Kommissionsmitglieder, die sicher in die Fraktionen getragen wurde, sollte hier keine Wiederholung der Diskussion stattfinden. Es geht ja, wie eingangs erwähnt, nicht darum, Änderungen vorzunehmen. Es geht nicht um zusätzliche Abgaben und es gibt heute nichts zu bewilligen oder abzulehnen. Um Nägel mit Köpfen geht es dann, wenn Gesetzesänderungen anstehen, oder im Budgetprozess. Deshalb ist es der Kommission auch wichtig festzuhalten, dass es sich bei der Realisierung der Massnahmenpakete um einen dynamischen Prozess handelt und der Rahmenbetrag von 2,5 Millionen Franken nicht fix ist, sondern eine Annahme darstellt, die durchaus in den zugrunde liegenden acht Jahren Anpassungen erfahren kann, darf und vielleicht auch muss. Im Budgetprozess kann der Kantonsrat dann allenfalls Prioritäten setzen oder die Realisierung von Massnahmen verschieden gewichten. Eine Vorahnung dessen, was geplant ist und auf uns zukommt, sehen Sie übersichtlich im Anhang zum Kommissionsbericht.

Die Energiepolitik wird uns weiterhin beschäftigen. Nehmen wir diesen Bericht als einen Anfang, wie sich der Kanton in Zukunft einbringen will. Lassen wir die ersten Massnahmen greifen, beurteilen wir die Situation erneut und greifen wir allenfalls dann in die Ruder. Wir haben in der Kommission den Eindruck erhalten, und das wird auch bestärkt durch das Auftreten in der Presse und an der Herbstmesse, dass kompetente Leute am Werk sind, welche die Problematik erkannt haben und die Mittel der öffentlichen Hand überlegt und verantwortungsvoll einsetzen.

Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig, den Schlussbericht mit Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017 zur Kenntnis zu nehmen.

Dem Bericht zugrunde liegt ein Postulat von Hansueli Bernath aus dem Jahr 2006. Auf dieses Postulat hin wurde die Arbeitsgruppe aus diversen interessierten Kreisen, Verbänden und Amtsbereichen, die auch tatsächlich etwas beizutragen haben, erst ins Leben gerufen.



Dank der Präsentation des Berichts und dem Willen der Regierung, das Massnahmenpaket zu realisieren, kann dieses Postulat abgeschrieben werden. Die Kommission empfiehlt Ihnen ebenfalls einstimmig, dem zuzustimmen.

Ich darf ihnen noch die Beschlüsse der SVP-Fraktion bekannt geben. Sie wird den Bericht zur Kenntnis nehmen und der Abschreibung des Postulats Bernath zustimmen.

**Georg Meier (FDP):** Die FDP-CVP-Fraktion hat den Bericht beraten und befürwortend zur Kenntnis genommen.

Das vorliegende Massnahmenpaket erlaubt eine gezielte Unterstützung von Projekten für die Energieeinsparung und zur verstärkten Förderung der erneuerbaren Energie. Die Schaffung neuer, zusätzlicher Subventionstatbestände wird von der FDP-CVP-Fraktion aber abgelehnt.

Wenn man bedenkt, dass nahezu 50 Prozent der heute verbrauchten Energie mit besserer Ausnützung eingespart werden könnten, ist klar, wo die Schwerpunkte liegen. Energieeffizienz heisst das Zauberwort, denn die Potenziale zur Energieeinsparung sind bedeutend. Das Ziel der FDP-CVP-Fraktion ist es deshalb, die Rahmenbedingungen, wie Steuern und Bewilligungsverfahren, zu verbessern. Wenn die energetische Sanierung von Altbauten vorangetrieben wird, hat dies einen positiven Effekt auf den Energieverbrauch und damit auch auf die Umwelt. Zusätzlich gibt dies aber auch der Baubranche wichtige Impulse, und um solche werden wir in den kommenden Monaten wohl auch froh sein. Energiesparen muss attraktiv sein, Energiesparen muss „in“ sein!

Unsere Forderungen richten sich deshalb unter anderem auf Folgendes:  
1. Steuerliche Anreize für Energieeinsparmassnahmen bei Altbauten sowie Vereinfachung der Bewilligungsverfahren energetischer Sanierungen von Grossgebäuden. 2. Bausparmöglichkeiten für energetische Sanierungen. 3. Vereinfachung und Harmonisierung der kantonalen Baugesetzgebung.

Die FDP-CVP-Fraktion möchte auch in Zukunft eine unabhängige Energieversorgung.

**Bernhard Egli (ÖBS):** Seit wir einen neuen Baudirektor haben, ist Schwung in die kantonale Energiepolitik gekommen. Die ÖBS-EVP-Fraktion ist erfreut über die ausführlichen Grundlagen für die Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017 mit diesem Leitsatz: „Die kantonale Energiepolitik wird so gestaltet, dass der Kanton die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen kann.“ Das können wir voll unterstützen.

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass ab 2020 die Schweizer AKWs nach und nach abzustellen sind. Diese Energie aus Uran und

weiterer umweltschädlicher Produktion gilt es nach und nach durch erneuerbare Energien zu ersetzen, dazu den prognostizierten Energiezuwachs um gegen 50 Prozent. Zu diesem Thema aus aktuellem Anlass: Wenn wir glaubwürdig sein wollen im Kampf gegen ein Atommüllendlager in Benken und/oder im Südranden, ist es dringend notwendig, ein Szenario für den Ausstieg aus der Atomenergie für den Kanton Schaffhausen zu entwickeln, wie dies die Stadt Zürich auch tut. Entsprechend sollte oder könnte dann noch Einfluss auf die Axpo-Politik genommen werden. Zu bedenken ist, dass der Peak Oil erreicht worden ist und die Fördermengen nach und nach zurückgehen. Der Ölpreis wird entsprechend in die Höhe schnellen.

Fünf Ziele der kantonalen Energiepolitik sind formuliert; daraus sind Massnahmenpakete entwickelt worden. Zentrale, Erfolg versprechende Elemente sind das Energiesparen und das Sanieren von Gebäuden. Hier wird die Energiepolitik zu einem Konjunkturstützungsprogramm, das Arbeitsplätze in der Region schafft und erhält.

Die Nutzung der Sonnenenergie hat sich in den letzten Jahren verdreifacht, in Deutschland hingegen – dank erfolgreicher rot-grüner Förderpolitik – im selben Zeitraum um das Zweihundertfache! Hier kommt die neue kantonale Energiepolitik im Bereich der Förderung alternativer Energien schmalbrüstig daher. So fördert der Kanton keine Fotovoltaik-Anlagen, was wir bedauern. Statt jedes Jahr Erdölmillionen in den Nahen Osten zu schicken, würden wir unser Geld gescheiter bei uns investieren, in eigene Anlagen und in KMU für Entwicklung, Aufbau und Unterhalt der Anlagen. Die ÖBS-EVP-Fraktion möchte eigentlich rascher vorgehen und jetzt mehr Geld als in der Vorlage vorgesehen investieren. Damit könnten die angestrebten Ziele rascher erreicht werden und das Konjunkturstützungsprogramm hätte mehr Fleisch am Knochen. Ebenso ist es uns ein Anliegen, dass die privaten Energieberater stärker einbezogen werden. Ein Aufstocken des Programms oder ein überraschend guter Start könnte mit privaten Beratern aufgefangen werden, sodass nicht noch mehr Stellenprozente geschaffen werden müssten.

Im Sinne einer einvernehmlichen Zustimmung zur Vorlage verzichten wir jedoch auf einen Antrag zur Aufstockung der Fördergelder. Wir nehmen befriedigt zur Kenntnis, dass die Realisierung der Massnahmenpakete als dynamischer Prozess zu betrachten ist. Je nach Verlauf des Programms können wir via Budgetprozess Korrekturen vornehmen und mehr Geldmittel bewilligen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und für die Kenntnisnahme derselben; sie wird dem Antrag zustimmen. Wir freuen uns, dass das Postulat von Hansueli Bernath damit erfüllt ist.

**Thomas Wetter (SP):** Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe hat einen ausgezeichneten Grundlagenbericht zur kantonalen Energiepolitik verfasst. Der Bericht besteht aus einer Fülle von Daten und Aussagen zum Thema Energie. Der darauf basierende Antrag des Regierungsrates betreffend Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017 wurde von der SP-AL-Fraktion wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wir sind erfreut darüber, dass nun – auch dank dem neuen Wind aus dem Baudepartement – der Regierungsrat davon überzeugt ist, dass die Nutzung erneuerbarer Energien die lokale Wirtschaft, insbesondere das Bau- und Installationsgewerbe sowie die Forstwirtschaft, stärkt, dass die Potenziale an Biomasse, die Nutzung der Umweltwärme und die Sonnenenergie zur Sicherstellung der Energieversorgung einen wichtigen Beitrag leisten können und dass die Energieeffizienz vor allem im Gebäudebereich massiv verbessert werden muss.

Damit die im Schlussbericht genannten fünf Ziele für das Jahr 2017 erreicht werden können, sind grosse Anstrengungen auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene notwendig. Das daraus resultierende fünfgliedrige Massnahmenpaket des Regierungsrates basiert jeweils auf drei Säulen: 1. Förderung. Da sind wir für die Erhöhung des Förderprogramms von 1 Million Franken auf 2,5 Millionen Franken inklusive Bundesmitteln. 2. Schaffung von Anreizen, beispielsweise in der Steuergesetzgebung. 3. Vorschriften in der Baugesetzgebung. Winken wir beim Budget die Fördermittel durch, so ist der Rat später bei Gesetzesanpassungen auch verpflichtet, Farbe zu bekennen. Die Aussage im Kommissionsbericht, beim Rahmenbetrag von 2,5 Millionen Franken handle es sich nicht um einen fixen Betrag, sondern um eine Vorgabe, die in den nächsten Jahren via Budget durchaus Anpassungen erfahren könne, hat auch die Anhänger der kostspieligeren Variante 2 in der SP-AL-Fraktion überzeugt, und sie werden dem Antrag des Regierungsrates zustimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die sich überstürzenden aktuellen Ereignisse der letzten Woche sollten endlich in uns allen die Überzeugung festigen, dass das Problem der Energiezukunft nur mit den vier „E“ – Erneuerbare Energien und Energie-Effizienz – gelöst werden kann. Die Abhängigkeit von Atomkraftwerken führt uns nur in ein strahlend kleines Paradies.

Ich bitte Sie, den Bericht und Antrag des Regierungsrates unterstützend zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat Bernath abzuschreiben.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich danke namens des Regierungsrates bestens für die gute Aufnahme dieses Berichts. Die Meinungen sind, wie ich feststelle, über die Fraktionen hinweg etwa die gleichen. Selbstverständlich werden die Schwerpunkte bei der einen oder anderen Frage anders gesetzt werden. Ich hoffe, dass dieser Konsens dann auch anhält,

wenn es darum geht, konkrete Beschlüsse zu fassen, und zwar das erste Mal in zwei Wochen beim Staatsvoranschlag 2009. Dann haben wir über das Energieförderprogramm zu befinden. Im nächsten Jahr haben wir die Revision des Baugesetzes, anhand deren hier skizzierte Vorschriften umzusetzen sein werden. Ziel ist es, im Kanton Schaffhausen eine sichere und nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten. Das heisst für uns: 1. Wir müssen den Energiemix verbessern, das heisst, anteilmässig weniger fossile Energie (Brennstoffe, Treibstoffe), dafür mehr erneuerbare Energien verbrauchen. Dahin müssen unsere Anstrengungen gehen, in die Förderung erneuerbarer Energien. Und auch die verstärkte Energieeffizienz ist ein wichtiges Feld. Da setzt auch die Energiepolitik des Regierungsrates über die nächsten 10 Jahre ganz konkret an, indem das Energieförderprogramm von 1 Million Franken auf 2,5 Millionen Franken im Jahr 2009 erhöht werden soll. 2. Wir müssen dringend den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren. Der Klimawandel zwingt uns dazu. Auch wir müssen einen Beitrag daran leisten. Gleichzeitig wird es dank dem Verbrauch von weniger Brenn- und Treibstoffen gelingen, die Auslandabhängigkeit zu reduzieren. 3. Auf diese Weise können wir auch eine bessere lokale Wertschöpfung erzielen, indem die Investitionen hier bei uns getätigt werden und nicht ins Ausland abfliessen. Das Energieförderprogramm kommt genau zum richtigen Zeitpunkt und setzt die richtigen Anreize: Im Gebäudebereich ist der kantonale Handlungsspielraum am grössten. 40 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses werden im Gebäudebereich verursacht; bei den energetischen Gebäudesanierungen haben wir sehr grosse Möglichkeiten. Das Energieförderprogramm kommt auch deshalb zum richtigen Zeitpunkt, weil Investitionsanreize für Private gesetzt werden. Es gelingt uns mit 2,5 Millionen Franken, Investitionen in der Höhe von 12 Millionen Franken auszulösen, und dies in einer Zeit, in der die Konjunktur zurückgeht und man am einen und anderen Ort sieht, dass nicht mehr im gleichen Ausmass investiert wird. Mit beschränkten Mitteln können wir effektiv auch Impulse geben. Das Energieförderprogramm 2008, das der Kantonsrat letztes Jahr mit dem Budget beschlossen hat, entwickelt sich zu einem Erfolgsmodell. Sie haben dazu sehr wesentlich beigetragen. Wir stellen fest, dass sich in den Monaten April und Mai die Fördergesuche mehr als verdoppelt bis fast verdreifacht haben. Massiv mehr Kostenzusagen konnten gemacht werden. Das bedeutet, dass die energetischen Gebäudesanierungen in der zweiten Hälfte dieses Jahres massiv zugenommen haben. Das ist ganz massgeblich dem Energieförderprogramm zuzuschreiben. Mit dem Energieförderprogramm 2009 wird sich dies noch verstärken. Ich kann Bernhard Egli, der die Solarenergie angesprochen hat, beruhigen. Mit dem Programm 2009 werden wir noch vermehrt Impulse zu geben versuchen. Eine interessante Feststellung macht der Bericht des Regierungsrates auch: Sie sehen, dass er sehr

stark nach Energieeffizienz und erneuerbarer Energie unterscheidet. Wenn man diese Zahlen summiert, so hat der Kanton Schaffhausen bis 2035 grundsätzlich das Potenzial, seinen Energieverbrauch mit erneuerbaren Energien abzudecken, sofern es uns gelingt, effizienter zu werden. Dies ist auch eine indirekte Antwort an Thomas Wetter, der sich zur Kernenergie geäußert hat.

Von daher gesehen danke ich für die gute Aufnahme. Energiepolitik ist Klimapolitik, ist Wirtschaftspolitik und ist eine der ganz grossen Aufgaben in unserem Kanton.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

**Damit hat der Rat vom Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 6. Mai 2008 betreffend Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017 Kenntnis genommen.**

### **Abstimmung**

**Mit 61 : 0 wird das Postulat Nr. 3/2006 von Hansueli Bernath „Für ein Konzept zur verstärkten Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz“ abgeschrieben.**

\*

### **3. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 30. Oktober 2007 über die Neugestaltung des Kantonsratssaales**

Grundlagen: Amtsdrukschrift 07-110

Kommissionsvorlage: Amtsdrukschrift 08-104

### **Eintretensdebatte**

**Kommissionspräsident Roger Windler (SP):** Die Spezialkommission 2007/12 tagte drei Mal zur Vorlage „Neugestaltung des Kantonsratssaals“, die als Vorlage vom Präsidialbüro des Kantonsrates vorberaten, aber nicht in den einzelnen Fraktionen diskutiert worden war.

Am Montag, 7. Januar 2008, beriet die Spezialkommission das erste Mal über die Vorlage. Die Kommissionsmitglieder waren sich nicht einig, ob diese als zu teuer zurückzuweisen sei oder ob man auf sie gar nicht eintreten solle. Um die vielen Fragen, die in der Eintretensdebatte aufgeworfen worden waren, beantworten zu können, liess sich die Kommission das Projekt von Tilla Theus persönlich während einer Stunde im Kantonsratssaal genauer erklären. Nach der ersten Sitzung wollten die Kommis-

sionsmitglieder die Vorlage in die Fraktionen tragen und in einer Art Vernehmlassung in Erfahrung bringen, was die Parteien zur Neugestaltung des Kantonsratssaals meinten.

Am Dienstag, 26. Februar 2008, traf sich die Spezialkommission zum zweiten Mal zur Beratung der Vorlage. Als erstes wurden die Resultate der Konsultativbefragungen bei den Fraktionen präsentiert: Soll der Saal auch für Kongresse geeignet sein? Diese Frage wurde mit einem klaren Ja beantwortet. Neue Sitze, mehr Platz für die Akten? Auch dazu ein klares Ja. Neue Sitzanordnung? Ein klares Ja. Leinwand und Beamer? Auch dies wurde klar bejaht. Mikrofone auf den Pulten? Eher nein. Bessere Zuschauertribüne? Eher nein. Sitzausrichtung zum Fenster hin? Dazu gab es ein klares Nein.

Auch Kommissionsmitglieder, die sich für das Projekt von Tilla Theus begeistert hatten, lehnten es nun ab. Der Tenor der Voten aus den Fraktionen ging klar hin zu zweckmässigen Anpassungen und zu einer vielfältigen Nutzung des Kantonsratssaals, dies jedoch mit einem Kostendach von ungefähr 1 Million Franken.

Die folgenden Abstimmungen legten dann die Grundlagen für die Planungen im Hochbauamt fest: Mit 9 : 1 wurde beschlossen, dass die Möblierung nicht Richtung Fensterfront gedreht wird. Mit 10 : 0 wurde beschlossen, dass das Podium bestehen bleibt. Mit 10 : 0 wurde beschlossen, dass die Pulte durch 1 oder 2 Korridore getrennt werden sollen. Mit 10 : 0 wurde beschlossen, dass eine neue Deckenbeleuchtung angebracht werden soll. Mit 5 : 0 bei 5 Enthaltungen wurde beschlossen, es sei zu klären, ob Tilla Theus das Projekt weiterverfolgen wolle oder ob das Projekt mit einem neuen Einladungsverfahren, unter Berücksichtigung der einheimischen Architekturbüros, nochmals ausgeschrieben werden muss.

Vor der dritten und letzten Sitzung vom Dienstag, 21. Oktober 2008, wurde uns vom Hochbauamt eine äusserst detaillierte Dokumentation „Projektbeschrieb zur Neugestaltung des Kantonsratssaals“ vom 1. Oktober 2008 zugestellt. An der Kommissionssitzung erklärte uns Kantonsbaumeisterin Katharina E. Müller, dass es sich noch nicht um ein eigentliches Projekt handle, sondern dass wir uns noch immer in der Bearbeitungsphase befänden, in der wir zur Schaffung einer Diskussionsgrundlage verschiedene Varianten zu prüfen hätten. Die Gestaltung ist noch nicht abgeschlossen. Regierungsrat Reto Dubach erklärte uns Folgendes: „Hat der Kantonsrat den Baukredit einmal bewilligt, so liegt die Angelegenheit in der Hand des federführenden Baudepartements. Bei Kernelementen werden wir das Büro des Kantonsrates aber sicher beziehen.“ Damit ist die Mitsprache des Kantonsrates gewährleistet.

Die Variantenabstimmung, die Abstimmungen zu den Beschlüssen I und II und die Schlussabstimmung lauteten immer 8 : 0.

Ich bitte den Kantonsrat, sich mit Anträgen zurückzuhalten, um den ausgehandelten Kompromiss nicht zu gefährden. Ein Rückfallen aufs Projekt Tilla Theus würde ganz sicher zu einer Volksabstimmung führen, wovor ich mich zwar nicht fürchte, was aber beim Stimmvolk aufgrund des Betrags sicherlich nicht goutiert würde. Denn: Es ist schwer, die Menschen hinters Licht zu führen, wenn ihnen dasselbe aufgegangen ist.

**Samuel Erb** (SVP): Das Motto heisst: Was lange währt, wird endlich gut! An der letzten Kommissionssitzung wurde uns vom kantonalen Hochbauamt ein detailliertes Projekt zur Neugestaltung des Kantonsratssaals vorgestellt, inklusive Mustergestaltung des Kantonsratssaals, das uns alle begeisterte und sofort Zustimmung fand. An dieser Stelle möchte ich mich beim kantonalen Hochbauamt und bei der Regierung bedanken.

Das Projekt sieht im Saal 56 Plätze für die Parlamentarier, angeordnet in 3 Blöcken mit 2 Durchgängen und ohne Drehung der Sitzordnung, vor. Die Neugestaltung der Sitzplätze von Regierung und Kantonsratsbüro wurde von der Kommission einstimmig beschlossen. Sie gibt dem Raum ein einheitliches Bild und bietet mehr Bewegungsfreiheit. Die Möblierung der Pulte, das Modell der Stühle, die Beleuchtung sowie die Auswahl der Materialien wird das Hochbauamt mit einem Innenarchitekten beraten, damit die Kosten von 1 Million Franken inklusive 7,6 Prozent MWST eingehalten werden können.

Ein Wermutstropfen dieser Vorlage sind die Projektierungskosten für Stararchitektin Tilla Theus, die in den Sand gesetzt wurden. In Zukunft sollte man in Bezug auf so genannte Kapazitäten vorsichtiger handeln. Wir haben schliesslich auch im Kanton gute Leute.

Ich bitte Sie, diesem Projekt zuzustimmen. Die SVP-Fraktion ist geteilt; ein Teil wird dem alten, der Rest dem neuen Projekt zustimmen.

**Eduard Joos** (FDP): Die renommierte Toparchitektin Tilla Theus hat uns ein hochfliegendes Projekt für einen Totalumbau unseres Ratssaales geliefert, das in drei Punkten nicht befriedigen konnte: 1. Die historisch motivierte Drehung der Sitze, sodass wir Ratsherren zum Fenster sehen und sprechen würden. 2. Die dadurch notwendige Abdeckung der Fenster durch gelochte Aluminiumplatten. 3. Der Kostenrahmen von über 2 Millionen Franken.

Ich bin mit meinem Vorredner nicht ganz einverstanden. Wahrscheinlich hat es sich gelohnt, Tilla Theus herzubitten und ein Projekt zu gestalten, sodass wir im Nachhinein Abstriche machen konnten.

Gemäss Vernehmlassung in den Fraktionen und in der Regierung ist das Projekt Theus nun durch ein Projekt des Hochbauamtes des Kantons ersetzt worden; federführend war Architekt Walter Graf. Es handelt sich im

Wesentlichen um eine ästhetisch und funktional überzeugende schlichte Ummöblierung samt Einbau der nötigen Kommunikationstechnik.

Der anvisierte Kreditrahmen von 1 Million Franken wird eingehalten. Im Übrigen kann ich mich, was die Ausstattung anbelangt, Samuel Erb anschliessen. Wir möchten nur festhalten, dass wir bei den Sitzen gern ein Rückenpolster hätten. Das ist in der Vorlage noch offen. Und es muss noch geklärt werden, ob auch das Rednerpult einen Bildschirm erhält, weil die Redner bekanntlich oft mit einem Laptop arbeiten werden.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die FDP-CVP-Fraktion diesem Projekt mit 15 : 0 zustimmt. Es ist eine funktional und ästhetisch überzeugende, schlichte Lösung bei vertretbarem Aufwand.

**Regula Widmer (ÖBS):** Die ÖBS-EVP-Fraktion sieht die Dringlichkeit der baulichen Anpassung an die veränderten Bedürfnisse dieses Raums. Die Neugestaltung des Kantonsratssaals ist unbestritten. Das Vorgehen in dieser Thematik ist aus unserer Sicht nicht optimal verlaufen. Die ÖBS-EVP-Fraktion war in den Erarbeitungsprozess nicht eingebunden und somit nicht auf dem Stand der anderen Parteien.

In der aktuellen Vorlage werden unsere Erwartungen jedoch gut umgesetzt. Die beiden Korridore und das erweiterte Platzangebot zwischen den frei stehenden Stühlen und den fest montierten Pulten ermöglichen eine erhebliche Bewegungsfreiheit und erhöhen dadurch den Komfort der Benutzer.

Die moderate technische Anpassung ermöglicht auch eine Nutzung durch andere Gremien und Institutionen. Unter anderem mit dem Beamer und einer Leinwand sowie den Bildschirmen auf den Podiumspulten wird der Kantonsratssaal den momentanen technischen Anforderungen gerecht. Ebenfalls unterstützen wir eine Mikrofonanlage am Rednerpult. Wir sind der Meinung, dass diese auch der Raumgrösse entsprechend genügen wird.

Durch die Möglichkeit, an den einzelnen Pulten einen Stromanschluss und gegebenenfalls auch eine temporär nutzbare Internetverbindung zu gewährleisten, wird wiederum der vielfältigen Nutzung Rechnung getragen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion dankt Kantonsbaumeisterin Katharina E. Müller und Walter Graf, Architekt Hochbauamt, für ihre sorgfältige Planung. Auch hier kann man sagen: Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?

In diesem Sinne wird die ÖBS-EVP-Fraktion für Eintreten plädieren und diese Vorlage unterstützen.



**Werner Bächtold** (SP): Die SP-AL-Fraktion hat die Vorlage am vergangenen Montag besprochen. Die Begeisterung war in ästhetischer wie auch in technischer Hinsicht nicht so einhellig wie offenbar in den anderen Fraktionen. Wir werden auf die Vorlage zwar eintreten, anschliessend aber Rückweisung an die Kommission beantragen, damit offene Fragen geklärt werden können. Dabei geht es nicht um den Kostenrahmen von 1 Million Franken – mit diesem können wir leben, obwohl wir finden, man dürfte auch ein bisschen unbescheidener sein –, sondern um verschiedene Details, die wir gern noch geklärt hätten.

**Daniel Fischer** (SP): Ich habe die Vorlage interessiert studiert. Zuerst allerdings blätterte ich sie durch und sah mir die Skizze an. Das ist ja der Ist-Zustand, dachte ich. Aber ich fand nicht anderes mehr und blätterte also zurück. Dann sah ich nach, was sich denn tatsächlich geändert hatte: 1. Das politische Kader muss nun bis ans Ende der Pultreihe gehen, wenn es nach vorn ans Pult kommt. 2. Es gibt neue Sitzplätze und neue Stühle.

Ich finde die Vorlage nach wie vor unbefriedigend. Unter anderem muss derjenige, der am Rednerpult steht, relativ mühsam die Aussensitzplätze betrachten. Auch die Mitglieder in der vordersten Reihe beneide ich nicht um ihre Nackenstarre, wenn sie immer schräg schauen müssen.

Wir müssen das Projekt zurückweisen. Die mittlere Reihe könnte man so belassen, ansonsten wäre eine andere Anordnung nötig, beispielsweise tannenbaumförmig, mit einer Abwinklung der äusseren Sitzreihen, damit man sich ein wenig besser sieht.

Ich werde auf die Vorlage eintreten, sie aber ebenfalls zurückweisen.

**Matthias Freivogel** (SP): Ich habe angekündigt, dass ich Antrag stellen werde, es sei auf die regierungsrätliche Vorlage umzuschwenken. Das geht aber erst, wenn wir auf das Geschäft eingetreten sind. Meine Begründung möchte ich in zwei Stufen vortragen: Zuerst beim Eintreten; nach dem Eintreten werde ich meinen Antrag konkretisieren. Ich bitte Sie, etwas Geduld aufzubringen, denn die Sache ist aus meiner Sicht etwas wichtiger als die Schlankheit der jetzigen Vorlage. Für mich ist es eine unbefriedigende Situation, in der wir uns befinden, wenn wir heute entscheiden müssen. Wir haben zwei Vorlagen, die grundsätzlich etwas Verschiedenes wollen. Die erste Vorlage ist diejenige des Regierungsrates und ist diesem Saale angemessen. Ich werde darauf zurückkommen, wie sie durch lang andauernde, seriöse Arbeit entstanden ist. Wir haben eine zweite Vorlage der Kommission, die ebenfalls realisierbar ist, aber sie ist dem Stellenwert dieses Saales nicht angemessen. Ich kann es auch plakativ sagen: Es ist eine Schmalspurvorlage für ein Vehikel, das schlicht und einfach nicht auf diese Schmalspur passt.

Jetzt gibt es einige Fragen, die meines Erachtens noch zu beantworten wären, entweder vom Kommissionspräsidenten oder vom zuständigen Regierungsrat, und zwar Fragen betreffend die Gründe, weshalb wir uns nun in dieser etwas schlechten oder mit Zwängen behafteten Entscheidungssituation befinden. Diese regierungsrätliche Vorlage mit dem Projekt von Architektin Tilla Theus ist in die Kommission gegangen und diese hat das Projekt beraten. Fazit: Die Kommission wollte das Projekt nicht. Die Kommission hat Tilla Theus sehr schnell den Laufpass gegeben. Und das ist dem Projekt einfach nicht angemessen. Es ist auch diesem Saal nicht angemessen.

Damit komme ich zur Zielsetzung: Ich glaube eben, nachdem die Kommission zur Auffassung gelangt war, dass das Projekt Theus nicht angemessen sei, hätte es in diesen Saal gebracht werden müssen. Es wäre auch an der Kommission gelegen zu sagen: Wir halten das nicht für angemessen, wir selbst beantragen Rückweisung an uns. Dann hätte die Kommission vom Rat den Auftrag erhalten, eine kleinere Version auszuarbeiten. Ich mache Sie in diesem Zusammenhang auf Art. 31 des Gesetzes über den Kantonsrat aufmerksam. Dieser Artikel hält die Befugnisse der Kommissionen fest: „Die Kommissionen können Auskünfte einholen, Akten einsehen, Besichtigungen vornehmen – das hat die Kommission getan – und so weiter.“ Und Art. 33 Abs. 2 bestimmt: „Beschiessen die Kommissionen eigene Vorschläge, die wesentlich von der regierungsrätlichen Vorlage abweichen, so erhält der Regierungsrat Gelegenheit zur Stellungnahme und zu Gegenanträgen.“ Und jetzt frage ich Sie, wie es denn mit Art. 42 Abs. 2 des Gesetzes über den Kantonsrat steht: „Bevor eine Kommission einen Auftrag mit Kostenfolgen beschliesst, holt sie die Ausgabenbewilligung des Büros ein.“ Frage: Hat das Büro eine Ausgabenbewilligung erteilt? Weitere Frage: Hat die Kommission einen Auftrag erteilt, der Kosten ausgelöst hat? Ich gehe einmal davon aus, denn das jetzt vorliegende Projekt muss jemand ausgearbeitet haben. Auf dem in der Rathauslaube ausgestellten Modell sind verschiedene Firmen erwähnt. Das Hochbauamt war jedoch nicht dabei. Hier hat folglich jemand einen Auftrag erhalten. Ich hoffe natürlich nicht, dass dieser Jemand unbezahlt für den Kanton arbeiten muss. Ich möchte einfach wissen, wie gesetzeskonform dies gelaufen ist. Wir kommen nämlich sonst in den Sachzwang – und in diesen wären wir nicht gekommen, hätten wir im Frühjahr darüber entschieden –, dass wir jetzt ein Projekt genehmigen müssen und das andere in der Projektierungsphase bezahlen müssen, ohne dass wir einen Nutzen davon gehabt haben. Da kommen wir nicht darum herum: Entweder wir müssen Tilla Theus bezahlen und verwirklichen das Projekt nicht oder wir müssen die anderen Beauftragten bezahlen, die etwas geleistet haben, aber wir haben nichts davon. Das hätten wir vermeiden können, wären wir im Frühjahr hier ge-

wesen und hätten darüber bestimmen können, zum Beispiel auf Antrag der Kommission. Das zur finanziellen Seite.

Dann hätte auch der Kantonsrat im Frühjahr eine wegweisende Entscheidung über die Zielrichtung des Umbaus treffen können. Die vorbereitende Arbeitsgruppe hat gut zwei Jahre daran gearbeitet. Etwa während eines Jahres hat sie an der Frage nach der Zielrichtung gearbeitet, also auf Deutsch gesagt: Eine grössere Kiste, diesem historischen Saal angemessen, oder eine kleine Sache? Und während eines Jahres hat sie über die Ausrichtung der Sitzreihen, die Möblierung, die technische Ausstattung und so weiter beraten. Nun möchte ich Ihnen aus den Kurzprotokollen dieser Arbeitsgruppe zitieren, damit Sie auch wissen, wie in dieser gearbeitet wurde. Übrigens: Unter dem Vorsitz des damaligen Staatsschreibers Reto Dubach bestand diese Arbeitsgruppe aus der früheren Kantonsratspräsidentin Susanne Günter, dem früheren Kantonsratspräsidenten Alfred Sieber, meiner Wenigkeit und dem Staatsarchivar Roland Hofer. Es waren also Leute dabei, die einigermaßen wussten, wie es in diesem Saal zu und hergeht.

An der ersten Sitzung vom 11. August 2005 fand eine Auslegeordnung statt. Es wurde sondiert und das weitere Vorgehen geprüft. Meine Wenigkeit war entschuldigt. An der zweiten Sitzung vom 23. November 2005 musste ich mich leider wieder entschuldigen, aber der wichtige Mann, Staatsschreiber Reto Dubach als Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe und jetziger Regierungsrat, war ja dabei. Was hat damals Reto Dubach gesagt? „Reto Dubach verweist auf klingende Namen wie Mario Botta, Herzog & DeMeuron, Jean Nouvel, Peter Zumthor. Es wäre in Bezug auf das Image förderlich, wenn Schaffhausen einen von einer Koryphäe geschaffenen Kantonsratssaal bekäme. Schliesslich gehe es nicht einfach darum, einen x-beliebigen Raum einrichten zu lassen. Die Dimensionen seien anders, grösser.“

Unsere Ratssekretärin hat darauf hingewiesen, dass in vielen Kantonen die Parlamentarier voller Stolz die Ratssäle zeigen, weil diese auf die demokratische Tradition des Standes deuten.

An der dritten Sitzung war ich anwesend. Unter dem Titel „Der Ratssaal zu Schaffhausen“ wurde festgestellt, dass in diesem Saal seit 596 Jahren Demokratie geschrieben, gemacht und gelebt wird und sich entwickelt. Und nun wollen wir einfach ein bisschen ummöblieren, wenn da mit der Verkleinerung des Rates auf 60 Mitglieder wieder eine Epoche zu Ende geht? Seit dem 1. März 1412 wird in diesem Saal getagt. Dessen Stellenwert wurde uns bewusst, weil wir uns auch näher erkundigt haben, weil es uns wichtig war.

Dann ging es um den Beizug von Personen von nationalem beziehungsweise internationalem Renommee. Ich zitiere dazu erneut den Staatsschreiber und zudem ein Arbeitsgruppenmitglied, das nicht Mitglied des

Parlaments ist. Diese beiden Personen „sehen für Schaffhausen eine grosse Chance, wenn eine Person (Architektur/Innenarchitektur) mit nationalem oder gar internationalem Renommee für die Neugestaltung des Ratssaals gewonnen werden könnte“. Es wurde auf die neue kantonale Notrufzentrale von St. Gallen verwiesen, die von Santiago Calatrava gestaltet worden war und welche der St. Galler Regierungsrat so gewollt hatte. Man braucht nämlich auch solche Objekte, um das Selbstverständnis des Kantons zu zeigen. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen hatte bewusst keinen einheimischen Architekten beiziehen wollen, denn er hatte es für wichtig gehalten, vom rein Lokalen wegzukommen. Es war dem Kanton St. Gallen darum gegangen, eine Person von sehr hohem Renommee zu sich zu holen.

Unser Ziel wurde folgendermassen definiert: „Schaffhausen versucht, eine renommierte Person für sich zu gewinnen; diese wiederum gäbe dem besonderen Ort, dem Ratssaal, etwas von ihrem Renommee. Es geht um den Standort und darum, sich von einer aussen stehenden Persönlichkeit inspirieren zu lassen.“

Der Beschluss der Arbeitsgruppe lautete: „Folgende Persönlichkeiten werden angefragt: Tilla Theus, Marcel Ferrier (der Luzern auf Vordermann gebracht hat) und Peter Zumthor.“

Sie sehen, diese Arbeitsgruppe hat intensiv gearbeitet. Sie hat mit sich gerungen und alle Möglichkeiten diskutiert. Und wir gelangten zum Schluss, dass wir diesen Ratssaal seinem Renommee entsprechend umbauen wollen.

Am 20. September 2006 stellten wir fest, dass Peter Zumthor verzichtet hatte. Marcel Ferrier und Tilla Theus hatten dafür zugesagt. Wir beschlossen, diese beiden Personen anzuhören. Die Anhörung fand am 28. September 2006 statt. Anwesend waren Jeanette Storrer, Kantonsratssekretärin Erna Frattini, Staatsarchivar Roland Hofer, Staatsschreiber Reto Dubach, der damalige Kantonsratspräsident Alfred Sieber und ich. Wir entschieden uns dafür, mit Tilla Theus weiterzufahren. Wir gingen im Übrigen nicht einfach in den Ratssaal, hörten ein bisschen zu und fanden nachher: Jaja, die Theus war schon besser. Wir hatten schon vor der Anhörung einen Kriterienkatalog erarbeitet, der Folgendes umfasste: Qualität des Vorschlags, Honorar, Qualität der Präsentation, Umsetzbarkeit der Aufgabenstellung. Letztere war notabene vorher auch erörtert worden. Wir machten eine seriöse Arbeit, die Sie nun mit einem kleinen Federstrich einfach bachab schicken wollen.

Ich bitte Sie, schon jetzt auf den Vorschlag der Regierung einzutreten. Das ist formal zwar nicht möglich, aber Sie sollen eingestimmt sein, wenn ich Ihnen dann erkläre, weshalb die Blickrichtung zum Fenster hin gedreht werden sollte. Im Projektprozess, der auch ein Jahr dauerte, kamen die Gerichte dazu. Auch Markus Müller, der jetzige 1. Vizepräsident,

stiess zur Gruppe. Schliesslich wurde der Drehung zugestimmt. Und nun soll alles nicht mehr so sein, weil eine Kommission wahrscheinlich wegen der Kosten dagegen ist und weil der neue Baudirektor, Regierungsrat Reto Dubach, nicht mehr hinter seiner Vorlage steht und einfach mit der Zielsetzung angetreten ist, das Ganze dürfe höchstens 1 Million Franken kosten, weil dann das Volk sicher nichts mehr dazu zu sagen hat. Gemäss Kantonsverfassung kann der Kanton ja über Beträge bis zu 1 Million Franken ohne Volksabstimmung entscheiden. Das war doch klar die Zielsetzung.

Wie gross ist doch der Kontrast! Unser Baudirektor hat bezüglich des vorherigen Traktandums sicher Lob verdient, hier aber verdient er Tadel. Herr Baudirektor, Sie waren sieben Tage im Amt, als Sie an der ersten Kommissionssitzung vom 7. Januar 2008 sagten: „Es findet auch immer ein Vergleich mit anderen Parlamentssälen statt. Schaffhausen soll nicht in der ersten Liga spielen, sondern zumindest in der Challenge League.“ Wie kontrastiert das doch mit dem, was der jetzige Baudirektor damals als Staatsschreiber sowie Vorsitzender der Arbeitsgruppe gesagt hat! Ich frage Sie: Wäre es nicht besser, diesem Saal eine angemessene und nicht eine kleinliche Renovation angedeihen zu lassen?

**Charles Gysel (SVP):** Ich bemängle an dieser Vorlage drei Punkte: 1. Es hat zu wenig Plätze für die Medien. Es ist völlig unangebracht, dass ein Teil der Medienleute auf der Tribüne sitzen muss, obwohl das Parlament kleiner geworden ist und wir weniger Sitzplätze im Saal haben. 2. Auch für die Kommissionspräsidien haben wir zu wenig Platz. Es wird etwa so sein wie heute, dass sich die Kommissionspräsidien an eine Ecke des Sekretariatstisches quetschen müssen. 3. Man will die Pulte auf dem Podest eliminieren. Die gehören doch zu diesem Saal! Diese Pulte müssen bleiben und restauriert werden. Dass wir im Saal selbst einen neuen Platz schaffen mit neuen Pulten und neuer Kommunikation, ist für mich selbstverständlich. Alles andere akzeptiere ich nicht.

Ich werde der Vorlage in der jetzigen Form sicher nicht zustimmen. Ich hoffe, dass die erwähnten drei Punkte nochmals gründlich überdacht werden.

**Samuel Erb (SVP):** Zu Matthias Freivogel muss ich schon noch etwas sagen. Ich zitiere den ersten Satz, den Martina Munz an der ersten Sitzung fallen gelassen hat: „Nein, dieses Projekt kann nicht das Ei des Kolumbus sein. Ich stelle den Antrag auf Nichteintreten. Es ist klar, dass wir hinsichtlich des Saals etwas unternehmen müssen. Aber: Das Projekt muss als Wurf stehen gelassen werden. Wollen wir einen anderen Wurf, bleibt uns nichts anderes übrig, als es eben zurückzuweisen. Ein Innen-

ausbau für 2 Millionen Franken ist völlig überrissen.“ Der Kommissionspräsident hat mich angerufen und ins gleiche Horn geblasen. Und nun fahren Sie, Matthias Freivogel, der Regierung an den Karren. So kann das auch nicht weitergehen. Dann hätten Sie selbst in der Kommission Einsitz nehmen und sich anders entscheiden können.

**Georg Meier** (FDP): Die in der Vorlage vorgesehene durchgehende Präsidialreihe muss mindestens 2 Durchgänge erhalten. Es ist auch besser, wenn das Ratspräsidium erhöht sitzt. Bei gleichem Niveau ist der Augenkontakt nicht gewährleistet, die Akustik ist schlechter. Den jetzigen Zustand finde ich grundsätzlich besser. Die Pulte passen zum Saal. Es wäre schön, wenn sie bleiben könnten. Aber das ist meine ganz persönliche Meinung.

**Gerold Meier** (FDP): Es geht mir nicht wie anderen Votanten um das Renommee, es geht mir darum, dass der demokratische Betrieb in Zukunft optimal läuft. Wie war es während wahrscheinlich Jahrhunderten? In diesem Rat wurde einer, der sich zu Wort gemeldet hatte, aufgerufen. Er stand auf und äusserte sich. Dann kamen das Mikrofon und die Tonbandaufnahme zum Zweck einer erleichterten Protokollerstellung. Seitdem – es werden 4 Jahre vergangen sein – machen wir unsere Wanderung nach vorn zum Pult mit dem Mikrofon. Diejenigen, die auf den inneren Plätzen der Bankreihe sitzen, müssen noch gewisse Hindernisse überspringen. Deswegen ist der ganze Betrieb nicht mehr flüssig. Demokratie ist etwas, das lebt, wo einer auf den anderen einzugehen hat. Was wir momentan haben, entspricht dem nicht mehr.

Es gibt heute nicht mehr wie bei den alten Griechen nur Leute, die laut genug sprechen können, es gibt auch solche, die zwar sprechen und sich selbst verstehen, die man aber nicht versteht. Das ist auch noch nicht Demokratie. Ich rege deshalb an, dass an jeder Bankreihe zwei Mikrofone installiert werden; eventuell soll sogar jeder Platz mit einem Mikrofon versehen werden. Das war übrigens vor mehr als einem Vierteljahrhundert im Kantonsratssaal in Zürich schon längst der Fall.

Zusätzlich braucht es wohl auch einen Lautsprecher wegen der Ratsmitglieder, die weniger laut sprechen als ich.

**Werner Bächtold** (SP): Ich möchte die Vorlage an die Kommission zurückweisen. Einiges ist gesagt worden. Ich mache einige Hinweise technischer Art, denn wir leben mittlerweile im 21. Jahrhundert. Es leuchtet mir nicht ein, weshalb wir als Kantonsrätinnen und Kantonsräte die technischen Möglichkeiten unserer Zeit nicht nutzen sollten.

Anders als Charles Gysel bin ich der Auffassung, die Pulte auf dem Podest gehörten weg. Ich halte es für eine Zumutung, wie der Staatsschrei-

ber halb im Seitenwagen draussen sitzen muss. Das ist unwürdig. Es braucht neue Tische! Im Weiteren werden keine Durchgänge mehr benötigt, denn man soll wieder vom Platz aus sprechen können. Deshalb braucht es Mikrofone. Da unterstütze ich Gerold Meier voll und ganz. Dies scheint mir eine zukunftssträchtige Lösung zu sein.

Auch im Saal gehören Mikrofone auf die Pulte. Auch braucht es eine Verstärkeranlage, welche die Sprecherinnen und Sprecher so verstärkt, dass man sie auch dann hört, wenn hin und wieder ein Zweiergespräch im Gang ist. Wir sind ja ein lebhaftes Parlament, und es soll im Ratssaal nicht immer nur Friedhofsruhe herrschen wie in einer Schulklasse. Es muss etwas laufen, und dafür muss man die Stimmen eben verstärken. Tontechniker können das.

Dann brauchen wir ein zeitgemässes Licht. Ich zweifle, ob der Ring an der Decke im Winter, wenn es morgens um 8 Uhr dunkel ist, wirklich auf alle Arbeitsplätze ein Licht wirft, bei dem man lesen und arbeiten kann. Man hört ja nicht immer nur zu, sondern man muss manchmal auch noch etwas vorbereiten. Ich bitte die Kommission, ihr Augenmerk wirklich auf gutes Licht zu richten.

Dann ein Wunsch: Vom Internet steht etwas in der Vorlage. Aber dieses brauchen wir heute und nicht erst morgen. Wir müssen die Möglichkeit haben, zeitweilig ins Internet zu gehen und eine Recherche zu machen. Dieser Raum soll auch als Kongressraum benutzt werden können. Folglich braucht es die Möglichkeit des Zugangs zum Internet.

Die Medien müssen selbstverständlich so platziert werden, dass sie sich auf Augenhöhe mit dem Parlament befinden. Es kann nicht sein, dass ein Teil der Medienleute oben auf der Tribüne sitzen muss. Das gehe aufgrund feuerpolizeilicher Vorschriften nicht anders, wurde gesagt. Dazu kann ich nur sagen: Die Feuerpolizei ist mir wurst. Wir müssen diesen Ratssaal so möblieren, dass alle drin Platz haben. A propos Fluchtwege: Wir haben grosse Fenster und das Portal, durch die wir flüchten können.

Die Weibeldienste sind nirgendwo erwähnt. Die Ratsweibelin beziehungsweise der Ratsweibel benötigt einen Tisch, der diesen Namen verdient. Es ist unwürdig, wie unsere Ratsweibelin zuhinterst auf dem Schleudersitz Platz nehmen muss. So kann das nicht weitergehen. Wenn wir schon neu möblieren, so sollen auch die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung anständige Tische erhalten, auf denen sie einmal ein Papier liegen haben und arbeiten können, während wir palavern.

Dass wir einen Beamer und eine Leinwand kriegen, ist allerhöchste Zeit. Ich bitte die Kommission, die Vorlage zurückzunehmen und die technischen Möglichkeiten, die wir heute haben, wirklich zu berücksichtigen. Das muss nicht Zehntausende von Franken kosten. Wir leben in unserer Zeit und brauchen diese Möglichkeiten.

**Florian Keller (AL):** Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag von Werner Bächtold zu unterstützen. Ich habe einen weiteren Einwand, der bis jetzt noch nicht genannt wurde, der aber auch nicht direkt mit diesem Saal zusammenhängt. Es geht um etwas, das mir versprochen wurde.

Vor ziemlich genau zwei Jahren habe ich anlässlich der Budgetdebatte beantragt, es möchten ein Computer mit Internetanschluss, ein Drucker und ein Kopiergerät zur Verfügung gestellt werden, damit man, wenn man eine Vorlage vergessen habe, diese ausdrucken könne. Auch soll man einen Antrag schreiben, ausdrucken, kopieren und verteilen können. Zudem soll man die Möglichkeit zur Recherche haben.

Mein Antrag wurde natürlich abgelehnt. Christian Amsler etwa sagte, der Rat sei überhaupt nicht vorbereitet auf mein Ansinnen, diese Anschaffung im Umfang von Fr. 6'000.– zu tätigen. Der damalige Baudirektor, Regierungsrat Hans-Peter Lenherr, hat dann versprochen, in der Vorlage zur Neugestaltung des Kantonsratssaals werde eine Lösung präsentiert werden.

Ich sehe aber gar nichts von einer Lösung. Das enttäuscht mich schwer! Nach zwei Jahren Arbeit immer noch keine Lösung ... Sollte die Vorlage nicht zurückgewiesen werden, werde ich beantragen, der Kredit sei auf Fr. 1'006'000.– zu erhöhen, damit wir genau das, was ich vor zwei Jahren beantragt habe, im Kassenzimmer installieren können.

**Regula Widmer (ÖBS):** Die ÖBS-EVP-Fraktion war in der ursprünglichen Arbeitsgruppe nicht integriert, weshalb ich mir erlaube, folgende Äusserungen zu machen.

Matthias Freivogel hat von der Challenge League gesprochen. Das ist die zweithöchste Fussballliga. Wenn Sie von Botta, Calatrava und so weiter sprechen, so müssten wir in der Super League oder in der Champions League spielen. Das wäre so, wie wenn der FCS von einem Trainer vom Format Ottmar Hitzfelds träumen würde.

Ich kann nachvollziehen, dass Matthias Freivogel die ursprüngliche Variante bevorzugen würde, schliesslich war er massgeblich am Vorprojekt beteiligt. Aus verschiedensten Gründen – diese wurden in den Fraktionen immer wieder diskutiert und abgefragt – hat sich die Kommission entschieden, die ursprüngliche Vorlage so abzuändern, dass die jetzige Vorlage daraus entstand. Ich appelliere an Matthias Freivogel, ein anderes Mal selbst Einsitz in einer Spezialkommission zu nehmen, in deren Projekt er so viel Herzblut investiert hat. Im Sinne des demokratischen Prozesses bitte ich Sie, der aktuellen Vorlage den Vorzug zu geben und den Antrag von Matthias Freivogel abzulehnen.

Zu Werner Bächtold: Er hält Mikrofone auf den Pulten für wünschenswert. Im Protokoll der 2. Kommissionssitzung sind die Rückmeldungen aus den Fraktionen aufgeführt. Alle Kommissionsmitglieder hatten die Aufgabe, in



ihrer Fraktion nachzufragen, wer für Mikrofone auf den Pulten eintreten würde. Daraus resultierte, dass die Kommission keine Mikrofone wollte. Entweder hat also die Rückbindung in die Fraktionen nicht funktioniert oder der Auftrag wurde nicht sauber ausgeführt. Wir tun hier nichts anderes, als die Kommissionsfragen nochmals aufzurollen. Alle Fragen, die jetzt auftauchen, wurden gemäss Protokoll in den Fraktionen besprochen. Da kommt mir der Spruch in den Sinn: „Man erinnert sich nicht gern an das Geschwätz von gestern.“ Erinnern Sie sich also daran, was Sie gesagt und besprochen haben, und handeln Sie entsprechend.

**Markus Brüttsch (SP):** Eine Frage an Regierungsrat Reto Dubach: Die Lüftung im Saal ist neu. Als Stadtratsweibel bin ich jeweils auch am Dienstag während der Sitzung betroffen. Im Sommer war es zeitweilig unerträglich heiss. Man darf die Fenster jetzt ja nicht mehr öffnen, denn die Lüftung ist so eingestellt, dass die Fenster geschlossen bleiben müssen. Heute Morgen hatten wir das Gefühl, es herrsche Durchzug. Die Ratsweibelin richtete es dem Hauswart aus. Nun scheint die Lüftung abgestellt zu sein.

Ist eventuell die Lüftung noch nicht optimal eingestellt? Wenn nicht, sollte man sie so einrichten, dass sie im Sommer wie im Winter einwandfrei funktioniert.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich beginne mit der Lüftung und nehme die Reklamation entgegen. Ich werde die Angelegenheit mit dem Hochbauamt prüfen.

Regula Widmer hat mir aus dem Herzen gesprochen. Alle heute vorgebrachten Detailvorschläge wurden entweder bereits in der Arbeitsgruppe oder anschliessend in der Kommission einlässlich diskutiert und anschliessend von relativ klaren Mehrheiten auch so beschlossen. Ich bin überrascht, wenn nun dieser oder jener Vorschlag nochmals geäussert wird. Ich sage Ihnen auch gern, weshalb ich überrascht bin.

Matthias Freivogel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir ganz am Anfang eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben. Von dieser hat der Regierungsrat in seiner Vorlage vom 30. Oktober 2007 berichtet. Alles, was Matthias Freivogel mit seinen Worten dargelegt hat, ist im Grunde genommen auch so festgehalten. Es hat sich nichts daran geändert. Auf Seite 2 gehen wir auf die historische Bedeutung des Saales ein. Er ist „einer der herausragenden Orte in der Geschichte republikanisch-demokratischer Willensbildung“. In der Tat wollten wir anfangs hoch stehende Architektur machen. Deswegen sind auch die Namen berühmter Architekten gefallen. Wir sagten uns, auch Schaffhausen solle einen solchen Ort haben. In der Vorlage ist beispielsweise von Peter Zumthor die Rede. Wir hatten ihn auch eingeladen. Die Wirtschaftsförderung sagt nämlich

immer wieder, es fehle in Schaffhausen hoch stehende Architektur. Von diesem Gedanken waren wir getrieben, Matthias Freivogel und auch ich. Ich selbst habe heute noch das Gefühl, der Ratssaal wäre durchaus ein Ort, wo man ein architektonisches Werk von bleibendem Wert schaffen könnte, also ein positiver Standortfaktor.

Die Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen; ich war deren Leiter. Von Anbeginn an wollten wir, dass der Kantonsrat miteinbezogen war. Genau das, was heute stattfindet, sollte damit vermieden werden! Deshalb sagten wir: Die Köpfe, welche in den Fraktionen die grösste Akzeptanz geniessen, sollen dabei sein. Das waren unter anderem der Präsident des Kantonsrates (Matthias Freivogel), die 1. Vizepräsidentin (Jeanette Storrer), der 2. Vizepräsident (Markus Müller). Wir raufte uns alle zusammen und kamen letztlich auf das Projekt mit Tilla Theus. Und der Regierungsrat übernahm es.

Dann kam die Kommission zum Zug. Ich traute meinen Augen nicht, als ich sah, dass die SP-AL-Fraktion Matthias Freivogel nicht in diese Kommission delegiert hatte. Auch andere Mitglieder der Arbeitsgruppe waren nicht dabei.

Und so begann alles wieder von vorn. Die erste Kommissionssitzung lief so ab, als hätte noch nie vorher eine Arbeitsgruppe getagt. Die Rückkopplung der Arbeitsgruppenmitglieder mit ihren Fraktionen fand nicht statt! Das war ein Problem im ganzen Prozess.

Aufgrund der Rückmeldungen aus den Fraktionen war der Kommission klar: Dieses 2-Millionen-Projekt findet keine Akzeptanz. Deswegen musste eine Vorlage erarbeitet werden, die mehrheitsfähig war. Nach all diesen Kommissionssitzungen hat sich die Kommission mit 8 : 0 hinter das nun vorliegende Projekt geschart. Wir sollten also nicht nochmals mit der Kommissionsarbeit beginnen.

Was die Kosten betrifft, so benötigten wir für diese zusätzlichen Abklärungen noch Geld. Der Regierungsrat hat einen Nachtragskredit im Umfang von Fr. 50'000.– gesprochen. Das wurde den Kommissionsmitgliedern auch so mitgeteilt, und sie haben es in dieser Art und Weise akzeptiert. Gemäss Art. 42 des Gesetzes über den Kantonsrat hätte man wohl zur Zustimmung auch noch das Büro des Kantonsrates einladen sollen. Die Regierung hat erstens zu diesem Nachtragskredit Stellung genommen, zweitens auch zur Sitzreihe auf dem Podest. Sie hat eine durchgehende Pultreihe favorisiert. Die Kommission hat sich ebenfalls, ohne Gegenstimme, für diese Variante ausgesprochen.

Ich bitte nun darum, dass der Kantonsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung dieses Geschäft noch zu Ende berät. Hier wurde genug gesprochen. Es wird nicht besser. Wenn wir die nächste Kommission einsetzen, wird es erneut unterschiedliche Meinungen geben, und es wird wieder zur gleichen Detailberatung im Kantonsrat kommen. Haben Sie Vertrauen in

die Kommissionsarbeit, vertrauen Sie darauf, dass nun ein vernünftiger Vorschlag vorliegt, der vielleicht nicht Challenge-League-würdig ist, sondern in die 1. Liga gehört – ein gewöhnlicher Kantonsratssaal. Aber das entspricht, wie ich festgestellt habe, auch eher dem Verständnis. Der Kantonsrat legt offensichtlich Wert auf gute parlamentarische Arbeit, nicht besonders aber auf gute räumliche Verhältnisse. Wichtig ist in der Tat die gute Parlamentsarbeit, die steht im Vordergrund.

Wenn wir diese Million Franken bewilligen, wird das Projekt noch konkretisiert. Dazu gehört unter anderem die Medienfrage.

Eine Präzisierung: Der Fluchtweg ist nicht der Fluchtweg für den Kantonsrat, sondern für die Rathauslaube. Wenn 250 bis 300 Personen in der Laube an einem Vortrag teilnehmen und etwas geschieht, braucht es einen zusätzlichen Fluchtweg. Die Feuerpolizei akzeptierte letztlich, dass die Tür hinten im Ratssaal als Fluchtweg zugelassen ist, dass jedoch ein Mindestabstand bestehen muss. Es muss ein Durchgang von 1,2 m Breite garantiert sein, was jetzt aber nicht der Fall ist. Deshalb wurde hinten nichts mehr geplant.

Zu den Medien noch so viel: Beim Projekt Theus sassen die Medien alle auf der Tribüne. Sie äusserten sich gar nicht zufrieden darüber. Bei der jetzigen Vorlage sind die Medien zumindest im bisherigen Umfang immer noch bei uns im Saal. Und das ist richtig so.

Zu guter Letzt: Haben Sie Vertrauen in die Kommission, beschränken Sie die Detailberatung auf das Nötigste und stellen Sie sich einfach die Frage: Bin ich bereit, 1 Million Franken für bessere Sitzverhältnisse und für Anpassungen an die heutigen technischen Anforderungen zu investieren? Das ist nicht gratis zu haben! Wenn Sie Ja sagen können, dann sagen Sie auch Ja. Dann haben wir das feuerpolizeiliche Problem erledigt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Es besteht ein Rückweisungsantrag von Werner Bächtold.

**Matthias Freivogel (SP):** Ich stelle den Antrag, es sei auf die regierungsrätliche Vorlage umzuschwenken. Ich danke Regierungsrat Reto Dubach für seine Worte. Sie konnten diesen unschwer entnehmen, dass er Mühe hat, sich von seiner eigenen Vorlage zu verabschieden.

Welche Aussage haben Sie übrigens vom neuen Präsidenten der USA, Barack Obama, gehört? „Yes, we can!“ Und wir können es. Ich zitiere Saint-Just, der in seiner Rede zur Verteidigung Robespierres Folgendes gesagt hat: „Die Koalition der Mittelmässigkeit bringt das Genie auf das Schafott.“ Und genau das werden Sie hier tun.

Regula Widmer, wir sind mit diesem Ratssaal anerkanntermassen mitteleuropäisch dabei, wir spielen in der Champions League. Das dürfen wir auch einmal anerkennen. Deshalb kam auch die Wirtschaftsförderung

zum Schluss, wir sollten hier eben die historische Chance wahrnehmen, den Stellenwert dieses Saals wieder hervorzuholen und ihn in den verschiedensten Konferenzen zu präsentieren. Übrigens: Bei Konferenzen müssen Sie am eigenen Pult sprechen können, mit Mikrofon. Da geht man nicht ans Rednerpult. Man muss sofort sprechen und Rede und Antwort stehen können; ein Satz ergibt den andern. Heute sah ich bei den Voten zum Schulgesetz jeweils auf die Uhr. Die Voten waren kurz. Aber es vergingen 25 Sekunden, bis die Rednerinnen und Redner aus den hinteren Reihen hier vorn waren und sprechen konnten. Bis Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel das Rednerpult erreicht hatte, waren erneut 15 Sekunden vergangen. Wir verträdeln Zeit! Für kurze Voten müssen wir doch vom Platz aus sprechen können.

Es geht Ihnen primär um die Ausrichtung dieses Saales. Diesbezüglich fand eine Aussprache statt. Die Gerichte und auch andere haben Bedenken angemeldet. So führten wir hier ein Hearing mit Tilla Theus durch. Die Quintessenz war folgende: Nach einer Diskussion über die Ausrichtung der Möblierung konnten sich alle Anwesenden mit der Blickrichtung hin zum Fenster einverstanden erklären. Tilla Theus konnte uns plausibel machen, dass dieser Saal historisch in der Richtung vom Hauptportal zur Fensterfront gewachsen ist. Heute haben wir die Chance, das damalige Obrigkeits- in ein Demokratieverständnis umzuwandeln. Mit den heutigen Mitteln können wir die Gegenlichtsituation auffangen, die ursprüngliche Richtung in diesem Saal wiederherstellen und auch nach neuem Demokratieverständnis des Staates als Dienstleistungs- und Sozialstaat, als transparenter Staat eben, leben. Also: Die Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft schaffen, ohne die Gegenwart auszublenden. Deshalb ist die Drehung hin zum Fenster richtig und auch dem Saal angemessen.

Kurz zur Situation der Medien: Ich zitiere aus der Vorlage des Regierungsrates: „Den Medien stehen im Raum fünf fest installierte Pulte mit Sitzplätzen analog zu denjenigen der Ratsmitglieder zur Verfügung.“ So wollte es das Projekt Theus. Die Medien waren folglich nicht auf die Tribüne verbannt, wie geäußert wurde.

Meine Damen und Herren, Sie sind offensichtlich etwas unwillig, diese Drehung zu vollziehen. Ich finde das ausserordentlich schade. Ich stelle meinen Antrag auf Umschwenken auf die regierungsrätliche Vorlage. Lehnen Sie diesen Antrag ab, so werde ich den Antrag auf Rückweisung unterstützen.

Zu guter Letzt noch dies: Kennen Sie die neue Steigerungsform von „klein“, die für den Kanton Schaffhausen gilt? Der Kanton Schaffhausen ist klein, darüber sind wir uns einig. Dieser Rat ist, wenn er dem Kommissionsvorschlag zustimmt, kleinkariert. Und kennen Sie die letzte Steigerungsstufe? Das kleine Paradies. Es liegt an Ihnen, dies zu ändern. An uns liegt es. Yes, we can.

**Gottfried Werner** (SVP): Das erste Projekt hat mir gut gefallen. In meinem Herzen bin ich immer noch dafür. Aber: Was geschieht, wenn wir dem Antrag Freivogel zustimmen? Kommt Tilla Theus zurück? Kostet es noch mehr?

Zurückweisen ist auch keine Lösung. Es kommt dann etwas anderes, das wir ebenfalls wieder zerreißen.

**Kommissionspräsident Roger Windler** (SP): Wenn wir Einzelheiten verändern wollen – Mahagonitische oder sonst etwas –, so geht das. Ändern wir hingegen die Ausrichtung, dann ist die gesamte Möblierung hier vorn im Saal obsolet, und alles muss neu aufgestellt werden.

**Matthias Freivogel** (SP): Ich zitiere das Büro Theus: „Wir finden es nach wie vor für dieses wichtige Kulturgut angemessen, den Saal technisch zu erneuern und gesamtheitlich die Oberflächen zu behandeln. Selbstverständlich sind wir bereit und auch terminlich in der Lage, das geplante Vorhaben (gemeint ist: die regierungsrätliche Vorlage) umzusetzen.“ Datum: 3. November 2008.

**Alfred Sieber** (SVP): Ich war von Anfang an dabei und kann dem, was Matthias Freivogel gesagt hat, zustimmen. Aber angesichts dessen, was nun alles verlangt wird (Mikrofone und so weiter), gibt es für mich nur eines, und das ist die Rückweisung an die Kommission. Diese soll verschiedene Vorschläge mit Kostenfolgen unterbreiten. Dann können wir entscheiden, welcher Version wir den Vorzug geben wollen. Ich unterstütze den Antrag auf Rückweisung.

**Eduard Joos** (FDP): Was soll die Kommission mit dieser Debatte anfangen, wenn Sie das Geschäft zurückweisen? Was sollen wir dann tun? Ich wende mich eigentlich nicht gegen eine Rückweisung, aber entscheiden Sie bitte vorher im Plenum, ob Sie das Projekt Theus oder das Projekt Hochbauamt unterstützen wollen. Dann haben wir zwei Alternativen. Aber eine Rückweisung nach dieser Diskussion, nach diesen Voten geht nicht. Das bringt gar nichts. Und die SP-AL-Fraktion bitte ich: Senden Sie doch in Zukunft diejenigen Vertreter in die Kommission, die Ihre Meinung vertreten. Nun habe ich vier verschiedene Redner gehört, und keiner hat in der Kommission das vertreten, was ich heute in diesem Saal vernommen habe. Was wir heute in diesem Rat tun, ist Kommissionsarbeit.

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer** (FDP): Der Antrag auf Rückweisung ist ein Ordnungsantrag.

### Abstimmung

**Mit 33 : 24 wird der Antrag von Werner Bächtold auf Rückweisung der Vorlage an die Kommission abgelehnt.**

### Abstimmung

**Mit 36 : 21 wird der Antrag von Matthias Freivogel, auf die regierungsrätliche Vorlage zurückzukommen, abgelehnt.**

### Detailberatung

Grundlage für die Beratung bildet der Anhang der Kommissionsvorlage, Amtsdruckschrift 08-104.

#### I.

**Florian Keller (AL):** Wir sollten noch ein wenig zusätzlichen Raum schaffen. Die Vorlage hält nämlich in diversen Punkten nicht, was sie verspricht – oder sie hat es gar nicht erst versprochen. Die Situation für die Medien kann nicht so bleiben. Dass es keinen Arbeitsplatz gibt, an dem man noch etwas arbeiten oder recherchieren kann (besonders an einer Doppelsitzung, wenn man zwischendurch nicht nach Hause gehen kann), ist extrem unbefriedigend. Auch wie es mit den Mikrofonen weitergeht, wissen wir nicht. Ich bin deshalb dafür, dass wir den Baukredit auf mindestens 1,1 Millionen Franken ausdehnen sollten, sodass es möglich wird, die eine oder andere Unschönheit beziehungsweise Untauglichkeit noch aus der Vorlage auszumerzen. Wir sollten so weit kommen, dass wir einen halbwegs praktikablen Raum schaffen, der die wichtigsten Untauglichkeiten von heute nicht mehr hat.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Bewilligt wird 1 Million Franken, in der noch eine kleine Reserve enthalten ist. Wir werden bei den weiteren Arbeiten sehr eng mit dem Büro des Kantonsrates zusammenarbeiten. Wir werden die Mediensituation und die Mikrofonangelegenheit nochmals betrachten. Entschieden ist allerdings die Situation vorn im Saal (Podest). Wenn Sie der Million Franken zustimmen, gehen wir davon aus, dass wir eine durchgehende Reihe realisieren beziehungsweise dass die bisherigen Pulte nicht weiterverwendet werden. Der Satz „Der Kredit basiert auf einer Kostenbasis vom 1. April 2008“ muss übrigens gestrichen werden.

**Franz Baumann** (CVP): Wenn ich die schönen Pulte auf dem Podest betrachte, so finde ich es schade, wenn sie einfach ins Museum oder in einen Keller gestellt werden. Das Hochbauamt soll doch bitte prüfen, ob die Pulte nicht mitintegriert werden können; die Entscheidung für eine durchgehende Reihe ist ja gefallen. Es sollte technisch machbar sein. Die Ornamente an den Pulten sind einfach schön.

### **Abstimmung**

**Mit 33 : 15 wird der Kommissionsfassung zugestimmt. Der Antrag von Florian Keller, den Baukredit auf 1,1 Millionen Franken auszu-dehnen, ist somit abgelehnt.**

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 39 : 13 wird dem Beschluss über die Neugestaltung des Kantonsratssaales zugestimmt.**

**Matthias Freivogel** (SP): Das Schaffhauservolk ist stolz auf diesen Saal! Ich bin überzeugt: Das Schaffhauservolk ist interessiert daran zu entscheiden, was mit diesem Saal geschehen soll. Man kann und soll nicht immer nur das, was man eventuell für übertrieben hält, dem Volk zur Entscheidung vorlegen, sondern auch einmal etwas, von dem man denkt, es sei zu wenig. Ich beantrage Ihnen, gestützt auf die Bestimmung der Verfassung, die wir heute Morgen zitiert haben, diesen Beschluss der obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen.

### **Abstimmung**

**Mit 35 : 9 wird der Antrag von Matthias Freivogel abgelehnt.**

**Florian Keller** (AL): Herr Baudirektor, Herr Kommissionspräsident, kann mir einer von Ihnen garantieren, dass die Angelegenheit mit dem Arbeitsplatz ernsthaft angegangen wird? Sonst sähe ich mich gezwungen, in zwei Wochen bei der Budgetberatung meinen Antrag erneut zu stellen. Ich bin aber sicher nicht bereit, nochmals zwei Jahre zu warten und diese unbefriedigende Situation weiterhin zu ertragen – nur um in zwei Jahren festzustellen, dass es wieder vergessen wurde.

**Regierungsrat Reto Dubach:** Es ist Sache der Regierung und der Verwaltung. Der damalige Baudirektor hat Ihnen diese Zusage offenbar gegeben. Ich werde dem nochmals nachgehen. Wenn es sich so verhält, wird die Regierung Mittel und Wege suchen, um dieser Zusage angemessen nachzukommen.

\*

#### 4. **Bericht und Antrag des Büros des Kantonsrates vom 23. Juni 2008 über die Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates (Anpassungen als Folge der Verkleinerung des Kantonsrates)**

Grundlage:      Amtdruckschrift 08-67

#### **Eintretensdebatte**

**Markus Müller** (SVP), Sprecher des Büros: Wir haben uns im Büro entschlossen, Ihnen keine Gesamtrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates vorzulegen, sondern lediglich das zu ändern beziehungsweise Ihnen zur Änderung zu empfehlen, was direkt unter dem Einfluss der Verkleinerung des Parlaments steht.

Natürlich gibt es vieles, das im gleichen Zug angepasst werden könnte und sogar sinnvoll wäre. Wir sind aber dezidiert der Meinung, dass der neue Rat Arbeitsweise und Organisation des Ratsgeschehens selbst bestimmen und erarbeiten sollte. Nicht wir, in der alten Zusammensetzung und immer noch gedanklich im 80er-Gremium behaftet, sollten bereits alles vorwegnehmen, um Tatsachen zu schaffen, die sich dann eventuell nicht mehr bewähren.

Man könnte etwa über neue feste Kommissionen nachdenken. Es wäre durchaus sinnvoll, eine feste Bildungskommission – gemäss dem neuen Schulgesetz müssen wir diese einsetzen – und eine Bau- und Richtplan-Kommission beziehungsweise eine Raumplanungskommission einzuführen. Ich bitte Sie, diese Diskussion jetzt nicht loszutreten, sondern wie erwähnt erst in der neuen Ratszusammensetzung anzugehen, nachdem auch erste Erfahrungen gemacht werden konnten. Im Fall der Bildungskommission ist der Zeitpunkt gegeben, wenn das neue Bildungs- und das Schulgesetz in Kraft treten beziehungsweise vom Volk angenommen worden sind.

Zwingend haben wir die Kommissionen zahlenmässig zu definieren, denn die Mitglieder müssen in der ersten Sitzung im Januar 2009 gewählt werden. Wir sind auch der Meinung, dass die Fraktionsfinanzierung, die wir aufgegriffen haben, noch von uns angegangen werden soll und dass



nicht der neue Rat dieses schwierige und nicht populäre Thema aufnehmen muss. Hingegen muss er gemäss der Geschäftsordnung in der ersten Sitzung die Höhe der Sitzungsgelder selbst festlegen.

Gerade mit der Fraktionsfinanzierung haben wir wohl ein zwiespältiges Thema aufgenommen; wir waren auch im Büro nicht einer Meinung. Laut Verfassung ist eine Fraktionsentschädigung möglich. Bereits jetzt ist festzustellen, dass es zunehmend schwierig wird, Leute für Zusatzaufgaben und für Kommissionen zu finden. Die Arbeitswelt fordert viel mehr und wird noch mehr fordern und die Pensionäre, die allenfalls etwas mehr Zeit hätten, sind entweder zurückgetreten oder wurden abgewählt. Es darf auch nicht sein, dass Parlamentarier keine Zeit mehr für Familie und Hobby haben. Nicht wenigen von uns geht es zunehmend so. Dass diese Situation mit der Reduktion auf sechzig Mitglieder noch viel extremer werden wird, kann ich Ihnen hier versichern. Ich frage mich, ob sich die vielen hundert Bewerber für die Wahlen in den Kantonsrat dieser Tatsache bewusst waren. Mit einer moderaten Fraktionsentschädigung könnten parteiintern gewisse Entschädigungen gesprochen werden. Zudem könnten Arbeiten wie Sekretariatsdienste gegen Entlohnung vergeben werden.

Wir haben einen sehr vorsichtigen Beginn vorgeschlagen, auch um einmal zu sondieren, wie Sie hier im Saal reagieren. Sie können den Vorschlag abschiessen, aber ich bin der Überzeugung, es wäre zukunfts-trächtiger, wenn wir hier den Ball aufnehmen und die zaghaften Vorschläge des Büros sogar ausbauen würden. Damit würden wir eine solidere Basis für zukünftige Ratstätigkeiten legen. Ein Mitglied dieses Rates hat diese Zaghaftheit als „die Geringschätzung des eigenen Tuns“ bezeichnet („az“ vom 21. August 2008). Der Vorwurf an das Büro, Hans-Jürg Fehr, ist wohl etwas hart; Sie haben sich vernehmen lassen, wir wären an Knausrigkeit beziehungsweise eben an Geringschätzung unserer Ratstätigkeit nicht zu übertreffen. Wir haben nun einen zugegebenermassen vorsichtigen Versuch formuliert, der meiner Meinung nach in die richtige Richtung geht. Wie weit er führen soll, müssen Sie hier ausdiskutieren und auch beschliessen.

Wenn wir uns entscheiden, dass mit der Reduktion von achtzig Mitgliedern auf sechzig nicht primär monetär gespart werden soll, dann bin ich sofort dafür zu haben, und zwar mit dem genau gleichen Argument, mit dem ich die damalige Stimmenfängerei für die Verkleinerung des Rates nicht unterstützt habe. Dies ist aber meine persönliche Meinung, sie entspricht überhaupt nicht derjenigen des Büros.

Noch ein Wort zur Kommissionsgrösse: Wir haben die Spezialkommissionen proportional zur Reduktion der Zahl der Ratsmitglieder gekürzt und konsequenterweise die grösstmögliche Kommission mit 11 anstelle von

bisher 15 Mitgliedern definiert, ebenso die notwendigen Quoren für spezielle Prozedere.

Bei den festen Kommissionen ist es insofern schwieriger, als eine Vertretung aller Fraktionen möglichst gewährleistet sein sollte. Das limitierte uns, sodass sich leider wenig ändert und die Zahl 5 wohl vernünftig war. Ich persönlich hätte gern die Gesundheitskommission und die Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenfalls auf fünf Mitglieder reduziert. Wir können es uns schlicht und einfach auch nicht mehr leisten, dass praktisch alle Ratsmitglieder bereits in einer ständigen Kommission sind. Eine knappe Mehrheit des Büros hat dies abgelehnt. Vor allem im Hinblick auf die Schaffung neuer fester Kommissionen wäre dies durchaus eine Vorleistung gewesen. Die Petitionskommission hingegen schlagen wir zur ersatzlosen Abschaffung vor, dies wegen akuten Arbeitsmangels.

Es ist insofern eine neue Situation mit geänderten Voraussetzungen eingetreten: Wenn man den Ratsanteil der ÖBS-EVP-Fraktion rein mathematisch behandelt, was meiner Meinung nach getan werden sollte, so wäre diese mit 0,5 Sitzen in der 5er-Kommission auch vertreten. Wir könnten dann den logischen Schritt zu 5er-Kommissionen machen, mit Ausnahme der GPK und des Bankrates, wo es aufgrund der Arbeitsverteilung beziehungsweise der Statuten wenig sinnvoll ist.

Zu den einzelnen Punkten werde ich jeweils dann, wenn sie behandelt werden, noch eine kurze Erklärung abgeben, sofern eine solche nicht bereits im Bericht ersichtlich ist.

Wir haben im Büro auch die Problematik der Einreichung von Vorstössen über die Parteigrenzen hinweg betrachtet. Der Staatsschreiber hat auch bereits einen konkreten Vorschlag ausgearbeitet. Wir haben ihn dann nachträglich wieder gestrichen, da die Lösung nicht befriedigte und auch andersorts nicht praktiziert wird. Unser pragmatischer Vorschlag ist, dass ein und derselbe Vorstoss von den Erstunterzeichnern parallel eingereicht wird; er kann dann auch von den beiden oder von mehreren Erstunterzeichnern begründet werden.

**Rainer Schmidig** (EVP): Die ÖBS-EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr voraussichtlich auch zustimmen. Zu Diskussionen führte bei uns natürlich die Verkleinerung der Quoren und der Kommissionen. Für uns ist es wichtig, dass jeweils alle Fraktionen vertreten sind. Die Grösse der Fraktion – nach wie vor 5 – wurde ebenfalls diskutiert. Unsere Fraktion hätte sich eine kleinere Fraktionsgrösse vorstellen können. Erfreut zeigte sich die Fraktion über die vorgesehene Fraktionsentschädigung; diese ist im verkleinerten Parlament auch dringend notwendig.

**Eduard Joos** (FDP): Namens der FDP-CVP-Fraktion erkläre ich Eintreten und Zustimmung zu dieser Minivorlage. Weitere Änderungen wird der neue, verkleinerte Kantonsrat sehr bald beschliessen müssen. Wir denken vor allem an die Bildung weiterer ständiger Kommissionen.

Allerdings, und da stehe ich im Gegensatz zu meinem Vorredner, stellen wir in Aussicht, dass wir einen Streichungsantrag zu den Fraktionsentschädigungen stellen werden: § 82a soll aus der Vorlage gestrichen werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **Detailberatung**

Grundlage für die Beratung bildet der Anhang der Kommissionsvorlage, Amtsdruckschrift 08-67.

#### **§ 10 Ziff. 1**

**Werner Bächtold** (SP): Ich beantrage, die Justizkommission sei auf 7 Mitglieder aufzustocken. Dann haben alle ständigen Kommissionen die gleiche Grösse, was die Verteilung auf die Fraktionen wesentlich vereinfacht.

**Markus Müller** (SVP), Sprecher des Büros: Lehnen Sie den Antrag von Werner Bächtold bitte ab. Wir tendieren ja zum Gegenteil: zur Verkleinerung der Kommissionen. Bei 7er-Kommissionen wären alle Ratsmitglieder in einer festen Kommission. Viele Parlamentarier können aus Zeitgründen auch nicht immer zur Verfügung stehen. Nun befinden wir uns nach den Wahlen in einer glücklichen Lage, denn alle Fraktionen sind in den 5er-Kommissionen vertreten. Fünf Personen tagen letztlich auch effizienter. Diese Erfahrung haben wir in der Justizkommission gemacht, leider mit dem Makel, dass die ÖBS-EVP-Fraktion nicht dabei war. Aber vom nächsten Jahr an ist auch sie wieder vertreten.

**Werner Bächtold** (SP): Markus Müller, Sie sprechen aus der Position der Stärke, weil die SVP-Fraktion in jeder dieser ständigen Kommissionen zwei Sitze hat. Ich spreche aus der Position der relativen Schwäche, denn wir haben das nicht. Und aus diesem Grund beantrage ich die Aufstockung auf 7. Dann haben wir in den 7er-Kommissionen immer die Verteilung 2-2-2-1. Und wenn Ihre Fraktion genügend gescheite Köpfe für diese Kommissionen hat, dann haben wir sie auch.

**Jakob Hug** (SP): Wie es aussieht, hat die SVP-Fraktion in jeder 5er-Kommission wie auch im Ratsbüro immer zwei Sitze. Sie hat aber nur ein paar wenige Mitglieder mehr. Die FDP-CVP-Fraktion und die SP-AL-Fraktion haben im 5er-Gremium immer nur einen Sitz. Das mag im Moment angehen, aber wenn die ÖBS-EVP-Fraktion bei den nächsten Wahlen nur einen einzigen Sitz weniger erlangt, ist sie in keiner 5er-Kommission mehr vertreten. Der Antrag von Werner Bächtold hat etwas für sich: Die ÖBS-EVP-Fraktion wäre immer in einer 7er-Kommission vertreten.

**Matthias Freivogel** (SP): Man darf den Stellenwert der Justizkommission nicht unterschätzen. Wir haben das bei den Richterwahlen gesehen. Die dritte Staatsgewalt müsste gleichberechtigt sein. Sie sollte von jeder Fraktion in diesem Rat begleitet werden können. Was sollen wir uns Konflikte und unbefriedigende Situationen schaffen, wenn wir das Problem durch die einfache Aufstockung auf 7 sauber in den Griff bekommen?

### **Abstimmung**

**Mit 28 : 25 wird der Vorlage des Büros zugestimmt. Der Antrag von Werner Bächtold ist somit abgelehnt.**

### **§ 11**

**Gerold Meier** (FDP): Ich stelle Antrag auf folgende neue Formulierung: „... wählt der Kantonsrat Spezialkommissionen von mindestens 5 Mitgliedern.“ Die Beschränkung nach oben soll also wegfallen. Es kann alle paar Jahre mal vorkommen, dass man ein Interesse daran hat, besondere Personen mit gewissen Kenntnissen in eine Kommission zu berufen. Es hat keinen Sinn, dass wir uns unnötig beschränken. In der Regel werden die Kommissionen ja kleiner.

**Markus Müller** (SVP), Sprecher des Büros: Wir waren der Meinung, es müsse eine proportionale Kürzung vorgenommen werden. Gemäss unserer Erfahrung kommen die Leute bei grossen Kommissionen einfach nicht mehr. Die Kommission „Neugestaltung des Ratssaals“ war eine 11er-Kommission; am Schluss waren noch 8 dabei. 11 war für uns die maximale Mitgliederzahl für Kommissionen. Aber der Rat muss darüber befinden.

## Abstimmung

**Mit 40 : 13 wird der Vorlage des Büros zugestimmt. Der Antrag von Gerold Meier ist somit abgelehnt.**

### § 82a

**Eduard Joos** (FDP): Wie angekündigt stelle ich Ihnen namens der FDP-CVP-Fraktion den Streichungsantrag zu § 82a. Die vorgesehene Regelung ist für die Fraktionen zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Mit Fr. 300.– pro Fraktionsmitglied reicht es gerade mal für 1 oder 2 Insetrate vor einer Abstimmung. Den Kaffee und die Gipfel können wir noch selbst bezahlen. Mehr liegt bei dieser Summe nicht drin.

**Werner Bächtold** (SP): Genau weil es zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben ist, beantrage ich, die Fraktionsentschädigung sei zu verdreifachen: 6 Sitzungsgelder pro Fraktionsmitglied (gleich Fr. 900.–). Für den ganzen Rat kostet das Fr. 36'000.– mehr, und wir sparen im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen unter dem Strich immer noch Fr. 36'000.–.

Begründung: Die Arbeit in der Fraktion wird im verkleinerten Parlament auf weniger Schultern verteilt. Die Fraktionen sind jetzt schon arbeitsmässig am Anschlag und werden es nachher noch stärker sein. Ich denke dabei auch an die kleine ÖBS-EVP-Fraktion. Es geht nicht um das Schalten von Inseraten. Aber wir sind dringend darauf angewiesen, dass wir uns ein Fraktionssekretariat mit einem Teilpensum leisten können, ein Kleinstsekretariat, das uns einen Teil der administrativen und der Medienarbeit in der Fraktion abnimmt. Dafür benötigen wir etwas Geld, weil wir es nicht von der UBS und auch nicht von der CS bekommen.

**Hans-Jürg Fehr** (SP): Man sagt, was nichts koste, sei nichts wert. Diese Weisheit ist weit verbreitet. Die Art und Weise, wie dieses Parlament entschädigungsmässig schon lange mit sich selbst umgeht, finde ich unter aller Sau. Das gilt auch für unsere Sitzungsgelder. Damit kommen wir, wenn wir unter Einbezug der Fraktionssitzungen und der individuellen Vorbereitungen umrechnen, auf einen Stundenlohn, der deutlich unter Fr. 20.– liegt. Nun können Sie selbst einen Vergleich anstellen mit irgendwelchen Beschäftigten in irgendwelchen Branchen, um herauszufinden, wo ungefähr diese Arbeit angesiedelt ist. Das ist das eine, aber darüber sprechen wir heute nicht.

Das andere ist die Fraktionsentschädigung, die es im Kanton Schaffhausen bisher nicht gab. Meines Wissens sind wir der einzige Kanton, der

keine solche Entschädigung kennt, jedenfalls gibt es sicher nicht viele andere Kantone. Überall sonst ist eine Fraktionsentschädigung längst Brauch. Hinter dieser steckt die Idee, dass ein kantonales Parlament ein Minimum an Professionalität aufbringen sollte. Es ist einfach nicht mehr wie im 19. Jahrhundert und schon gar nicht wie noch früher. Alles ist schwieriger geworden. Und Sie haben mit Ihrer unsäglichen Verkleinerungsinitiative – worunter Sie politische Reformen verstehen, wobei ich nie begreifen werde, wie man politische Reformen mit so etwas verbinden kann – den Anspruch verbunden, diesen Rat zu professionalisieren. Das Einzige, was Sie aber tun, ist sparen. Es ist doch völlig klar, dass 60 Personen, welche die gleiche oder fast die gleiche Arbeit machen, pro Kopf noch mehr leisten müssen. Nicht ich war derjenige, der darauf hingewiesen hat, wie viele an die Grenzen desjenigen kommen, was sie in diesem Rat noch leisten können. Also besteht der logische Professionalisierungsschritt meiner Meinung nach darin, dass man die Fraktionen als solche stärkt. Deshalb freue ich mich, dass in der Vorlage wenigstens einmal der Grundsatz, dass Fraktionsentschädigungen auch in unserem Parlament entrichtet werden sollen, enthalten ist. Aber mit dem Betrag, der dafür ausgesetzt wird, kann man wirklich nichts machen. Rechnen Sie es für eine 6er-Fraktion aus. Selbst die SP-AL-Fraktion, die im neuen Parlament 17 Mitglieder haben wird, kommt auf Fr. 5'100.–, wenn sie mit dieser Entschädigung operieren muss. Glauben Sie, wir könnten damit ein Fraktionssekretariat einrichten? Selbst die SVP-Fraktion, die ein paar Köpfe mehr hat, kann es nicht. Deshalb hat der Antrag von Werner Bächtold das Ziel, es wenigstens den grossen Fraktionen zu ermöglichen, ein Mindestsekretariat einzurichten. Das wäre dann  $\frac{1}{2}$  Tag pro Woche Arbeit für eine Fraktion. Und es handelte sich um rein administrative Entlastung, die zu leisten wäre, damit wir anderen nicht auch noch eine Kasse führen, Medienmitteilungen schreiben müssten und so weiter, sondern das machen könnten, was wir hier tun: Parlamentsarbeit. Dieser Effekt sollte angestrebt werden. Aber das funktioniert nur mit einer entsprechenden Dotation. Auch Werner Bächtold ist noch bescheiden mit dem, was er verlangt. Aber er kennt ja die Verhältnisse hier im Saal. Eduard Joos, Sie sagen: „Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben.“ Ziehen Sie aber auch die richtige Konsequenz daraus. Sagen Sie nicht „keine Fraktionsentschädigung“, sondern sagen Sie „wenigstens so viel Entschädigung, dass wir einen kleinen Schritt bei der Vorbereitung der Fraktionsarbeit machen können“.

**Sabine Spross** (SP): Ich kann Hans-Jürg Fehr und Werner Bächtold nur unterstützen und beantrage Ihnen ebenfalls, auf die Mindestvariante von Fr. 900.– pro Ratsmitglied einzuschwenken. Wir alle haben die gleiche Problematik, die Grossen wie die Kleinen. Wir finden zu wenig gute

Leute. Der Beruf fordert die Menschen immer mehr, und ein Parlamentsmandat wird vom Arbeitgeber immer weniger goutiert. Ich habe mich im Vorfeld bemüht, zu eruieren, wie die Fraktionsentschädigungen und die Sitzungsgelder in vergleichbaren Kantonen aussehen. Die Zahlen aus meiner Recherche von vor einem Jahr haben sich mittlerweile gegen oben bewegt. Auch in kleinen Kantonen wird zusätzlich zur beantragten Pro-Kopf-Fraktionsentschädigung ein Grundbetrag gesprochen, der sich um Fr. 4'000.– bewegt. Die kleine Variante mit Fr. 900.–, die Werner Bächtold vorgeschlagen hat, ist ein Minimum dafür, dass wir die Arbeit, die wir erbringen müssen, können und sollen – das ist unser Auftrag –, noch machen können.

**Gottfried Werner (SVP):** Sie können sich vorstellen, dass die SVP-Fraktion sehr gespalten in diese Runde gegangen ist. Was soll man, was soll man nicht? Die einen wollen keine Fraktionsentschädigung, weil wir ja auch sonst immer vom Sparen sprechen würden. Gemäss Hans-Jürg Fehr handelt es sich um einen Lohn für Arbeit. Ich selbst sehe das auch so. Wir wenden wirklich viel Zeit für die Parlamentsarbeit auf.

Im Vorfeld haben sich die Fraktionspräsidien über dieses Thema unterhalten. Die FDP sagte immer, sie wolle keine Entschädigung. Ich vermute aber, sie will die Fr. 72'000.–, die mit der Reduktion auf 60 Mitglieder eingespart werden können, nicht antasten, damit sie dann immer noch gespart hat.

Für 4 Sitzungsgelder könnte ich mich noch erwärmen. Ich habe dies auch mitgeteilt. Die meisten Mitglieder der SVP-Fraktion wollen weniger. 6 Sitzungsgelder sind ziemlich viel. Wenn wir im neuen Jahr hoffentlich das Sitzungsgeld erhöhen, wären wir mit 4 Sitzungsgeldern gleich weit wie jetzt mit 6 nach dem alten Tarif.

Ich beantrage deshalb: Legen wir 4 Sitzungsgelder fest und machen wir dann einen Sprung mit dem Sitzungsgeld. Damit sind wir auch wieder auf einer Ebene, mit der wir vielleicht leben können.

**Christian Heydecker (FDP):** Ich spreche jetzt als Vertreter einer Fraktion, die nach den Wahlen nicht geschrumpft ist. Wir haben immer noch unsere 17 Mitglieder. Und jetzt sind es vor allem die Mitglieder der SVP-Fraktion und die Mitglieder der SP-AL-Fraktion, die da wehklagen und sagen: „Wir sind jetzt viel kleiner und die Arbeit verteilt sich auf weniger Schultern. Wir können diese Arbeit nicht mehr leisten.“ Ich kann Ihnen sagen, mit einer 17-köpfigen Fraktion, wie wir sie in den letzten vier Jahren hatten, geht das wunderbar. Auch die SVP-Fraktion mit neu 20 und die SP-AL-Fraktion mit 17 Mitgliedern werden diese Arbeit problemlos bewältigen können. Glauben Sie doch bitte nicht, dass unsere Arbeit hier im Kantonsrat besser wird, nur weil wir ein „professionelles Fraktionssek-

retariat“ haben. Darum geht es doch gar nicht. Wir haben heute schon einen Fraktionssekretär, der das Fraktionsprotokoll schreibt und die Einladungen vorbereitet. Natürlich ist er für diese Arbeit nicht vollumfänglich entschädigt. Er bekommt etwas, aber, meine Damen und Herren, auf unserer Stufe, in unserer Liga, in der wir uns bewegen, hat Politik auch immer noch etwas mit Idealismus zu tun. Mindestens bei mir ist es so. Deshalb betreibe ich nämlich Politik, weil ich ein unverbesserlicher Idealist bin. Das soll auch bei der Fraktionsarbeit so sein. Leute, die uns unterstützen, müssen eine Portion Idealismus mitbringen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag von Eduard Joos zu folgen und die Fraktionsbeiträge zu streichen.

**Iren Eichenberger (ÖBS):** Es geht ja nicht an, dass wir schweigen, wenn sich die SP für unsere Fraktionsbeiträge einsetzt. Es ist doch sonnenklar, dass für eine kleine Fraktion, wie wir das schon immer waren und wie wir es in Zukunft noch mehr sein werden, der jetzige Zustand unhaltbar ist. Idealismus in Ehren, aber ich muss Ihnen sagen, dass mein Arbeitgeber für so viel Idealismus irgendwann auch kein Verständnis mehr hat. Irgendwann müssen wir unsere Arbeit auch noch erledigen. Das tue ich dann in meiner Freizeit. Alles hat Grenzen. Und wenn ich daran denke, wie äusserst bescheiden bis schäbig wir unseren mit viel Idealismus arbeitenden Parteisekretär bezahlen können, ist das in Zukunft wirklich keine Option mehr. Da müssen wir etwas ändern. Ich bitte die FDP, die als Initiantin der Initiative „60 Kantonsräte sind genug“ immer gesagt hat, die Verkleinerung des Parlaments solle sich nicht gegen die kleinen Parteien richten, auch in diesem Punkt ein Zeichen zu setzen und dem Antrag von Werner Bächtold zu folgen.

### **Abstimmung**

Antrag Werner Bächtold / Antrag Gottfried Werner

**Mit 26 : 16 wird dem Antrag von Werner Bächtold der Vorzug gegeben.**

### **Abstimmung**

Antrag Kommission / Antrag Werner Bächtold

**Mit 37 : 5 wird dem Antrag von Werner Bächtold zugestimmt. Somit erhalten die Fraktionen eine jährliche Fraktionsentschädigung im Umfang von sechs Sitzungsgeldern je Fraktionsmitglied.**



### **Abstimmung**

Antrag Kommission / Antrag Eduard Joos

**Mit 41 : 13 wird der Antrag von Eduard Joos, § 82a aus der Vorlage zu streichen, abgelehnt.**

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

### **Schlussabstimmung**

**Mit 45 : 9 wird der Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrates Schaffhausen zugestimmt.**

\*

**Gerold Meier** (FDP): An der 16. Sitzung haben wir beschlossen, den Geschäftsbericht der Pensionskasse zusammen mit meiner Motion und mit der Motion von Jakob Hug abzuhandeln. Auf diesen Beschluss sollte man zurückkommen.

**Kantonsratspräsidentin Jeanette Storrer** (FDP): Angesichts der vollen Traktandenliste haben die Regierung und ich uns entschieden, dass wir die drei Traktanden nicht zusammen beraten werden. An der nächsten Sitzung behandeln wir also nach dem Staatsvoranschlag 2009 nur den Pensionskassenbericht, nicht aber die Motionen Hug und Meier.

\*

Schluss der Sitzung: 17.15 Uhr